

Danziger Zeitung.



Nr. 9022.

Die "Danziger Zeitung" erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettwigerstrasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserlichen Postamtstalten angenommen. Preis pro Quartal 4 Rg. 50 d. — Auswärts 5 Rg. — Inserate, pro Seite 20 d., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Reinecker u. A. Hoff; in Leipzig: Eugen Fort und v. Engler; in Hamburg: Hattenstein und Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube und die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schüller.

1875.

Teleg. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Rom, 14. März. Gutem Vernehmen nach wird ein italienisches Geschwader den Kaiser von Österreich von Venedig nach Pola begleiten. — Die "Opinione" erklärt gegenüber der der "Times" aus Berlin zugegangenen Meldung, daß die italienische Regierung keine Note der deutschen Regierung bezügliches des Verhaltens des Papstes gegen Deutschland erhalten habe.

Stockholm, 13. März. Die Ratification des Berliner Weltpostvertrages durch den König ist gestern erfolgt.

Kopenhagen, 14. März. Die Leuchtschiffe „Løseende“, „Trindel“ und „Kobergrunden“ werden dem Vernehmen nach heute ihre Stationen im Kattegat wieder einnehmen.

Herrenhaus.

8. Sitzung vom 18. März.
Gesetz-Entwurf, betreffend das Vormundschaftswesen.

Die Vorlage, welche ein einheitliches Vormundschaftsrecht für den ganzen Umfang der Monarchie soll, handelt in 100 Paragraphen und 5 Abänderungen vom Vormundschaftsgericht, der Vormundschaft über minderjährige, der Vormundschaft über Großjährige (Gefeststrafe, Berufswanderer), der sogenannten Pfleger und von allgemeinen Schlusbestimmungen; sie beschränkt die richterliche Thätigkeit in Vormundschaftssachen gegenüber den hentigen ausgedehnten richterlichen Machtbefugnissen des Landgerichts, insbesondere ist so viel wie möglich jede Thätigkeit der richterlichen Behörde ausgeschlossen, welche nicht als ein Ausfluss der Obervormundschaft als oberaufsichtender Gewalt erscheint. Indessen wird die Obervormundschaft nicht mehr durch ein Collegium, sondern durch Einzelrichter gelebt; ferner ist in den Entwurf der Gemeindeverwaltung als ein Organ eingefügt, durch welches die Sicherung des Wohles der Mündel die wünschenswerthe Aufsicht über die Vormünder ausübt werden soll. Schon durch die äußere Stellung, welche die Vorschriften über den Gemeindeverwaltungsrath in dem Abschnitt von der obergerichtlichen Aufsicht über den Vormund gesunden haben, will der Entwurf andeuten, daß durch jenes Institut nicht etwa ein selbstständiges Zwischenstück zwischen Staat und Vormund eingeschoben oder eine Zweiteilung der obervormundschaftlichen Aufsicht herbeigeführt werden soll. Noch deutlicher als die systematische Stellung zeigt aber ein Blick auf den Inhalt jener Vorschriften, daß die gesammte obervormundschaftliche Leitung in einheitlicher Weise bei dem Gerichte verbleiben, und daß nur die Gemeinde in der Person eines Vertrauensmannes dem Richter ein Hofsorgan bei der Wahrnehmung jener Funktionen bilden soll. Was die Mitwirkung der Familie bei der Beaufsichtigung und Führung der Vormundschaft betrifft, so hat der Entwurf vorgeschlagen, einen Familiennrath zu bilden, welcher an Stelle des Richters den Vormund zu beaufsichtigen hat, dem Vormund aber unter dieser Aufsicht die selbstständige Führung der Vormundschaft beläßt. Dieser Familiennrath soll eine feste, von Fall zu Fall nach wechselnde Organisation haben und als dauerndes Organ den Vormundschaftsrichter ersetzen, so daß die Wirkung des letzteren nur in wenigen durch die Natur der Sache gebotenen Ausnahmefällen eintritt. Er soll deshalb aber nur in besonderen Fällen, nicht bei allen Vormundschaften hergestellt werden. — Der Entwurf hat aber ferner das Institut eines beaufsichtigenden Gegenvormundes aufgenommen und glaubt, in demselben das Mittel gefunden zu haben, welches, ohne die Einfachheit der Verwaltung und die Selbstständigkeit des Vormundes zu gefährden, die Sicherheit des Pflegebefohlenen beträchtlich erhöht. Dem Gegenvormund ist für gewisse Geschäfte eine bestimmte Mitwirkung, welche eine Kontrolle in sich schließt, im Übrigen aber nur allgemein die Beaufsichtigung der vormundschaftlichen Verwaltung aufzugeben. Der Vormundschaftsrichter findet insbesondere überall, wo seine Genehmigung zu einer Handlung des Vormundes erforderlich ist, in dem Gegenvormund das

Organ, welches ihm die Kenntnis der thatsächlichen Grundlagen der Beurtheilung unabhängig von dem Vormunde vermittelt. Der Entwurf schreibt jedoch die Bestellung eines Gegenvormundes nur für diejenigen Vormundschaften vor, welche mit einer Vermögensverwaltung verbunden sind. — Die Commission des Herrenhauses hat mehrfache sowohl reaktionelle als auch sachliche Änderungen vorgenommen, auf welche einzugehen der Referent Dernburg sich in der Specialdebatte vorbehält. Derselbe leitet die Generaldebatte mit einem eingebetteten Vortrage über die Prinzipien des Gesetzes ein und empfiehlt dessen Annahme mit den Modifikationen, welche die Commission vornimmt.

Institutminister Leonhardt: Einzelne der von der Commission vorgenommenen Veränderungen sind nicht nur formelle, sondern auch sachliche Verbesserungen; anderer Punkten steht die Regierung indifferent gegenüber, gegen einzelne hat sie Bedenken, doch im Großen und Ganzen acceptirt sie die Arbeit der Commission. Das im Gebiete des Allgemeinen Landrechts eine Reform des Vormundschaftsrechts dringend nothwendig ist, wiederholen seit Jahrzehnten alle befehligen Gerichte in ihren Berichten. Der Reichsgesetzgebung kommt die Regelung des Vormundschaftswesens nicht überlassen werden; denn das bürgerliche Gesetzbuch wird voraussichtlich so bald nicht fertig werden; außerdem liegt es aber auf der Hand, daß auch die Reform durch das Reich nach den in diesem Gesetze niedergelegten Prinzipien erfolgen muß, so daß die künftige Reichsgesetzgebung sich auf eine bloße Revision wird beschränken können. Präjudizirt das Reich dadurch nicht werden, weil es sich hier nicht um eine Frage von politischer Nebenbedeutung handelt, wie etwa bei den Schwarzen oder Schöffengerichten. Die Ausdehnung des Einzelrichteramts auf das Vormundschaftsrecht ist eine legislative Notwendigkeit. Zwischenwirkt uns die Gerichtsorganisation selbstständig Einzelrichter bringen. Die notwendige Folge davon ist die Bildung sehr großer Landgerichtsbezirke, so daß die collegialische Bearbeitung von Vormundschaftssachen in ganz unerträglichen Missständen führen müßte. Auch das Wachsen der Geschäftslast der Richter macht eine solche Bestimmung notwendig. Eine Entlastung der richterlichen Thätigkeit wird immer dringender, und ich empfehle Ihnen ein Gesetz zur Annahme, das diese Absicht in reichlichem Maße verwirklicht. (Besfall.) — Dr. v. Gotha (Kronstadt und Tribunals-Präsident in Königsberg) tritt den für die Bedürfnisfrage getroffenen Gründen durchaus bei und empfiehlt den Entwurf zur Annahme. — Dr. v. Wedell hält diese Bestimmungen der Vorlage für bedenklich und glaubt, daß die Reform zu Fuß komme. Die landrechtslichen Bestimmungen sind keineswegs so schlecht, daß man sie nicht noch einige Jahre ertragen könne. Graf Mittberg (Kronstadt und Appellationspräsident in Gogau) ist nicht ohne Bedenken gegen die gänzliche Beseitigung der collegialen Bekleidung. — Im Allgemeinen erachtet er aber die Bestimmungen des Vorredners für übertrieben. — Bankpräsident v. Decken will nur auf die wirtschaftlichen Folgen des Gesetzes hinweisen, wenn diesbezüglich bestimmt, am 1. Januar 1876 in Kraft treten soll. Mit diesem Tage würden die Bestände der Generaldepotstitionen auf den Staat übergehen, es sind das 26,300,000 R. Hypotheken und 26,900,000 R., welche bei der Preußischen Bank deponirt sind. Die Bank würde also diese Summe am 1. Januar 1876 zur Verfügung des Staates zu halten haben. Es wird der Bank nun zwar in Aussicht gestellt, daß der Staat ihr die Gelder über den 1. Januar 1876 hinaus belassen werde. Man darf aber eine große Bank nicht in die Position bringen, vom Staat etwas zu erbitten, dessen sie um ihren Zweck zu erfüllen, notwendig bedarf. Der Redner behält sich daher ein Amending vor, durch welches der Einführungstermin noch um einige Zeit über den 1. Januar 1876 hinausgeschoben wird. — Finanzminister Camphausen: Der Vorredner überlegt, daß mit dem 1. Januar 1876 die Criften der Preußischen Bank aufhören und die Reichsbank in's Treffen tritt. Daraus ergiebt sich schon die Notwendigkeit, daß bisherige Verhältnisse anderweitig zu

zu machen, aber bis in die neueste Zeit hinein behaupten die beiden Mendelssohn'schen Oratorien ihre bevorzugte Stellung. Natürlich hat man dabei nur das biblische Oratorium ins Auge zu fassen, nicht jene dem Romantischen zugeföhrt Richtung, mit welcher Robert Schumann im "Paradies und Peri" ein neues Gebiet betrat. Ein Anlehnen an die älteren Meister wird das Oratorium nicht entbehren können, so lange sich in dieser Kunstform nicht, wie durch Wagner in der Oper, ein lebensfähiger Fortschritt vollzieht. Die Bestrebungen Franz Liszt's, in dessen "heiliger Elisabeth" und im "Christus", das Oratorium der neu-deutschen Schule zugänglich zu machen, stehen bis jetzt vereinzelt da und lassen keinen Schlüß ziehen auf das Fruchtbare nach dieser Richtung hin.

Lebhaft zu beklagen ist es, daß Mendelssohn durch einen frühen Tod verhindert wurde, seine Idee, den Gottmenschen Christus im Oratorium zu verherrlichen, zur Ausführung zu bringen. Die bekannten nachgelassenen wertvollen Fragmentalstücken sind doppelt bedauern, daß ihm die Vollendung des Werkes nicht beschieden war. Zu den Verlorenen, diese Idee aufzunehmen und auszuführen, gehört unbestritten Friedrich Kiel, dessen "Christus" uns neulich durch den Danziger Gefangverein vorgeführt wurde. Schon in seinem hier bereits bekannten "Requiem" zeigt dieser Tonseher sich ausgerüstet mit jenem hohen Ernst, mit jener Tiefe der Auffassung, mit jener Herrschaft über die strengen musikalischen Kunstformen, wie sie dem Schöpfer derartiger Tonwerke beinhören müssen. Auch Kiel in seinem "Christus" lehnt sich im Wesentlichen an die großen Meister Bach und Händel an, aber ohne die Vermittelung Mendelssohn's, und entschiedener als dieser. Das Naturell beider Componisten geht insofern auseinander, als bei Men-

Danzig, den 15. März.

Im Abgeordnetenhaus ist die zweite Lesung des Gesetzes, welche sich so sehr viel länger ausgedehnt hat, als man früher annehmen konnte, nun endlich in einer Abendsitzung zu Ende geführt. Heute wird die dritte Lesung in Angriff genommen und wahrscheinlich auch beendet werden, so daß heute Abend der Staat dem Herrenhaus überwiesen werden kann. Inzwischen sind die einzelnen Theile des Gesetzes bereits an das Herrenhaus abgegeben worden, und die Budget-Commission desselben ist im Stande, die Plenarberatung darüber für den Lauf dieser Woche vorzubereiten, so daß die Abstimmung einer Durchberatung des Staatshaushaltsetats in beiden Häusern des Landtages vor Ablauf dieses Monats erreicht sein würde. Zu morgen soll das neueste Kirchengesetz auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses gesetzt werden. Am künftigen Sonnabend soll die Vertagung des Hauses eintreten, um 5 Uhr Nachmittags desselben Tages werden sich beide Häuser des Landtages zu einem gemeinsamen Diner zur Feier des kaiserlichen Geburtstages vereinen. Die Präsidien der beiden Häuser will der Kaiser am 22., also am Geburtstage selbst empfangen. Nach der Vertagung werden die Sitzungen des Abgeordnetenhauses erst am 5. April aufgenommen werden.

Die Provinzialordnung noch vor Ostern im Plenum zu berathen ist nur jede Hoffnung geschwunden. Die betr. Commission hofft die zweite Lesung des Gesetzes in einer Sitzung zu beenden. Diese sollte schon am Sonnabend stattfinden, es wurde dies aber durch die inzwischen angelegte Abendsitzung verhindert. Schon die Verhandlungen der Tags vorher stattgefunden Sitzung der Commission litten unter der Ablösung aus Ermüdung der Mitglieder durch das Übermaß der täglich auf einander folgenden Plenar- und Commissionssitzungen. Man hielt im Allgemeinen an den Beschlüssen der ersten Lesung fest, von den getroffenen Modifikationen ist nur eine von Interesse, mehr noch aber die Art und Weise, wie sie herbeiführte. Institutminister Leonhardt: Wenn von Gegnern der Vorlage behauptet wird, sie führe neue Prinzipien in das Recht ein, so kommt es darauf an, was man alt oder neu nennen will. Ich halte diese Prinzipien sehr alt. Sie bestehen in ganz Deutschland mit Ausnahme des landrechtslichen Gebietes und haben sich wohl bewährt. Ob das Bedürfnis einer Änderung des Vormundschaftsrechts vorhanden ist, darüber zu urtheilen sind die Gerichte viel competenter als das Haus und sie haben seit Jahrzehnten erklärt, daß es so nicht weiter geht. Es fragt sich, was denn an dem bisherigen Rechte geändert wird: aufgegeben ist nur der Grundzug des preußischen Rechts, daß der Vormund vom Richter beauftragt wird, an einem Berzeugung des Gesetzes für das Recht ein, so kommt es darauf an, was man alt oder neu nennen will. Ich halte diese Prinzipien sehr alt. Sie bestehen in ganz Deutschland mit Ausnahme des landrechtslichen Gebietes und haben sich wohl bewährt. Ob das Bedürfnis einer Änderung des Vormundschaftsrechts vorhanden ist, darüber zu urtheilen sind die Gerichte viel competenter als das Haus und sie haben seit Jahrzehnten erklärt, daß es so nicht weiter geht. Es fragt sich, was denn an dem bisherigen Rechte geändert wird: aufgegeben ist nur der Grundzug des preußischen Rechts, daß der Vormund vom Richter beauftragt wird, an einem Berzeugung des Gesetzes für das Recht ein, so kommt es darauf an, was man alt oder neu nennen will. Ich halte diese Prinzipien sehr alt. Sie bestehen in ganz Deutschland mit Ausnahme des landrechtslichen Gebietes und haben sich wohl bewährt. Ob das Bedürfnis einer Änderung des Vormundschaftsrechts vorhanden ist, darüber zu urtheilen sind die Gerichte viel competenter als das Haus und sie haben seit Jahrzehnten erklärt, daß es so nicht weiter geht. Es fragt sich, was denn an dem bisherigen Rechte geändert wird: aufgegeben ist nur der Grundzug des preußischen Rechts, daß der Vormund vom Richter beauftragt wird, an einem Berzeugung des Gesetzes für das Recht ein, so kommt es darauf an, was man alt oder neu nennen will. Ich halte diese Prinzipien sehr alt. Sie bestehen in ganz Deutschland mit Ausnahme des landrechtslichen Gebietes und haben sich wohl bewährt. Ob das Bedürfnis einer Änderung des Vormundschaftsrechts vorhanden ist, darüber zu urtheilen sind die Gerichte viel competenter als das Haus und sie haben seit Jahrzehnten erklärt, daß es so nicht weiter geht. Es fragt sich, was denn an dem bisherigen Rechte geändert wird: aufgegeben ist nur der Grundzug des preußischen Rechts, daß der Vormund vom Richter beauftragt wird, an einem Berzeugung des Gesetzes für das Recht ein, so kommt es darauf an, was man alt oder neu nennen will. Ich halte diese Prinzipien sehr alt. Sie bestehen in ganz Deutschland mit Ausnahme des landrechtslichen Gebietes und haben sich wohl bewährt. Ob das Bedürfnis einer Änderung des Vormundschaftsrechts vorhanden ist, darüber zu urtheilen sind die Gerichte viel competenter als das Haus und sie haben seit Jahrzehnten erklärt, daß es so nicht weiter geht. Es fragt sich, was denn an dem bisherigen Rechte geändert wird: aufgegeben ist nur der Grundzug des preußischen Rechts, daß der Vormund vom Richter beauftragt wird, an einem Berzeugung des Gesetzes für das Recht ein, so kommt es darauf an, was man alt oder neu nennen will. Ich halte diese Prinzipien sehr alt. Sie bestehen in ganz Deutschland mit Ausnahme des landrechtslichen Gebietes und haben sich wohl bewährt. Ob das Bedürfnis einer Änderung des Vormundschaftsrechts vorhanden ist, darüber zu urtheilen sind die Gerichte viel competenter als das Haus und sie haben seit Jahrzehnen erklärt, daß es so nicht weiter geht. Es fragt sich, was denn an dem bisherigen Rechte geändert wird: aufgegeben ist nur der Grundzug des preußischen Rechts, daß der Vormund vom Richter beauftragt wird, an einem Berzeugung des Gesetzes für das Recht ein, so kommt es darauf an, was man alt oder neu nennen will. Ich halte diese Prinzipien sehr alt. Sie bestehen in ganz Deutschland mit Ausnahme des landrechtslichen Gebietes und haben sich wohl bewährt. Ob das Bedürfnis einer Änderung des Vormundschaftsrechts vorhanden ist, darüber zu urtheilen sind die Gerichte viel competenter als das Haus und sie haben seit Jahrzehnen erklärt, daß es so nicht weiter geht. Es fragt sich, was denn an dem bisherigen Rechte geändert wird: aufgegeben ist nur der Grundzug des preußischen Rechts, daß der Vormund vom Richter beauftragt wird, an einem Berzeugung des Gesetzes für das Recht ein, so kommt es darauf an, was man alt oder neu nennen will. Ich halte diese Prinzipien sehr alt. Sie bestehen in ganz Deutschland mit Ausnahme des landrechtslichen Gebietes und haben sich wohl bewährt. Ob das Bedürfnis einer Änderung des Vormundschaftsrechts vorhanden ist, darüber zu urtheilen sind die Gerichte viel competenter als das Haus und sie haben seit Jahrzehnen erklärt, daß es so nicht weiter geht. Es fragt sich, was denn an dem bisherigen Rechte geändert wird: aufgegeben ist nur der Grundzug des preußischen Rechts, daß der Vormund vom Richter beauftragt wird, an einem Berzeugung des Gesetzes für das Recht ein, so kommt es darauf an, was man alt oder neu nennen will. Ich halte diese Prinzipien sehr alt. Sie bestehen in ganz Deutschland mit Ausnahme des landrechtslichen Gebietes und haben sich wohl bewährt. Ob das Bedürfnis einer Änderung des Vormundschaftsrechts vorhanden ist, darüber zu urtheilen sind die Gerichte viel competenter als das Haus und sie haben seit Jahrzehnen erklärt, daß es so nicht weiter geht. Es fragt sich, was denn an dem bisherigen Rechte geändert wird: aufgegeben ist nur der Grundzug des preußischen Rechts, daß der Vormund vom Richter beauftragt wird, an einem Berzeugung des Gesetzes für das Recht ein, so kommt es darauf an, was man alt oder neu nennen will. Ich halte diese Prinzipien sehr alt. Sie bestehen in ganz Deutschland mit Ausnahme des landrechtslichen Gebietes und haben sich wohl bewährt. Ob das Bedürfnis einer Änderung des Vormundschaftsrechts vorhanden ist, darüber zu urtheilen sind die Gerichte viel competenter als das Haus und sie haben seit Jahrzehnen erklärt, daß es so nicht weiter geht. Es fragt sich, was denn an dem bisherigen Rechte geändert wird: aufgegeben ist nur der Grundzug des preußischen Rechts, daß der Vormund vom Richter beauftragt wird, an einem Berzeugung des Gesetzes für das Recht ein, so kommt es darauf an, was man alt oder neu nennen will. Ich halte diese Prinzipien sehr alt. Sie bestehen in ganz Deutschland mit Ausnahme des landrechtslichen Gebietes und haben sich wohl bewährt. Ob das Bedürfnis einer Änderung des Vormundschaftsrechts vorhanden ist, darüber zu urtheilen sind die Gerichte viel competenter als das Haus und sie haben seit Jahrzehnen erklärt, daß es so nicht weiter geht. Es fragt sich, was denn an dem bisherigen Rechte geändert wird: aufgegeben ist nur der Grundzug des preußischen Rechts, daß der Vormund vom Richter beauftragt wird, an einem Berzeugung des Gesetzes für das Recht ein, so kommt es darauf an, was man alt oder neu nennen will. Ich halte diese Prinzipien sehr alt. Sie bestehen in ganz Deutschland mit Ausnahme des landrechtslichen Gebietes und haben sich wohl bewährt. Ob das Bedürfnis einer Änderung des Vormundschaftsrechts vorhanden ist, darüber zu urtheilen sind die Gerichte viel competenter als das Haus und sie haben seit Jahrzehnen erklärt, daß es so nicht weiter geht. Es fragt sich, was denn an dem bisherigen Rechte geändert wird: aufgegeben ist nur der Grundzug des preußischen Rechts, daß der Vormund vom Richter beauftragt wird, an einem Berzeugung des Gesetzes für das Recht ein, so kommt es darauf an, was man alt oder neu nennen will. Ich halte diese Prinzipien sehr alt. Sie bestehen in ganz Deutschland mit Ausnahme des landrechtslichen Gebietes und haben sich wohl bewährt. Ob das Bedürfnis einer Änderung des Vormundschaftsrechts vorhanden ist, darüber zu urtheilen sind die Gerichte viel competenter als das Haus und sie haben seit Jahrzehnen erklärt, daß es so nicht weiter geht. Es fragt sich, was denn an dem bisherigen Rechte geändert wird: aufgegeben ist nur der Grundzug des preußischen Rechts, daß der Vormund vom Richter beauftragt wird, an einem Berzeugung des Gesetzes für das Recht ein, so kommt es darauf an, was man alt oder neu nennen will. Ich halte diese Prinzipien sehr alt. Sie bestehen in ganz Deutschland mit Ausnahme des landrechtslichen Gebietes und haben sich wohl bewährt. Ob das Bedürfnis einer Änderung des Vormundschaftsrechts vorhanden ist, darüber zu urtheilen sind die Gerichte viel competenter als das Haus und sie haben seit Jahrzehnen erklärt, daß es so nicht weiter geht. Es fragt sich, was denn an dem bisherigen Rechte geändert wird: aufgegeben ist nur der Grundzug des preußischen Rechts, daß der Vormund vom Richter beauftragt wird, an einem Berzeugung des Gesetzes für das Recht ein, so kommt es darauf an, was man alt oder neu nennen will. Ich halte diese Prinzipien sehr alt. Sie bestehen in ganz Deutschland mit Ausnahme des landrechtslichen Gebietes und haben sich wohl bewährt. Ob das Bedürfnis einer Änderung des Vormundschaftsrechts vorhanden ist, darüber zu urtheilen sind die Gerichte viel competenter als das Haus und sie haben seit Jahrzehnen erklärt, daß es so nicht weiter geht. Es fragt sich, was denn an dem bisherigen Rechte geändert wird: aufgegeben ist nur der Grundzug des preußischen Rechts, daß der Vormund vom Richter beauftragt wird, an einem Berzeugung des Gesetzes für das Recht ein, so kommt es darauf an, was man alt oder neu nennen will. Ich halte diese Prinzipien sehr alt. Sie bestehen in ganz Deutschland mit Ausnahme des landrechtslichen Gebietes und haben sich wohl bewährt. Ob das Bedürfnis einer Änderung des Vormundschaftsrechts vorhanden ist, darüber zu urtheilen sind die Gerichte viel competenter als das Haus und sie haben seit Jahrzehnen erklärt, daß es so nicht weiter geht. Es fragt sich, was denn an dem bisherigen Rechte geändert wird: aufgegeben ist nur der Grundzug des preußischen Rechts, daß der Vormund vom Richter beauftragt wird, an einem Berzeugung des Gesetzes für das Recht ein, so kommt es darauf an, was man alt oder neu nennen will. Ich halte diese Prinzipien sehr alt. Sie bestehen in ganz Deutschland mit Ausnahme des landrechtslichen Gebietes und haben sich wohl bewährt. Ob das Bedürfnis einer Änderung des Vormundschaftsrechts vorhanden ist, darüber zu urtheilen sind die Gerichte viel competenter als das Haus und sie haben seit Jahrzehnen erklärt, daß es so nicht weiter geht. Es fragt sich, was denn an dem bisherigen Rechte geändert wird: aufgegeben ist nur der Grundzug des preußischen Rechts, daß der Vormund vom Richter beauftragt wird, an einem Berzeugung des Gesetzes für das Recht ein, so kommt es darauf an, was man alt oder neu nennen will. Ich halte diese Prinzipien sehr alt. Sie bestehen in ganz Deutschland mit Ausnahme des landrechtslichen Gebietes und haben sich wohl bewährt. Ob das Bedürfnis einer Änderung des Vormundschaftsrechts vorhanden ist, darüber zu urtheilen sind die Gerichte viel competenter als das Haus und sie haben seit Jahrzehnen erklärt, daß es so nicht weiter geht. Es fragt sich, was denn an dem bisherigen Rechte geändert wird: aufgegeben ist nur der Grundzug des preußischen Rechts, daß der Vormund vom Richter beauftragt wird, an einem Berzeugung des Gesetzes für das Recht ein, so kommt es darauf an, was man alt oder neu nennen will. Ich halte diese Prinzipien sehr alt. Sie bestehen in ganz Deutschland mit Ausnahme des landrechtslichen Gebietes und haben sich wohl bewährt. Ob das Bedürfnis einer Änderung des Vormundschaftsrechts vorhanden ist, darüber zu urtheilen sind die Gerichte viel competenter als das Haus und sie haben seit Jahrzehnen erklärt, daß es so nicht weiter geht. Es fragt sich, was denn an dem bisherigen Rechte geändert wird: aufgegeben ist nur der Grundzug des preußischen Rechts, daß der Vormund vom Richter beauftragt wird, an einem Berzeugung des Gesetzes für das Recht ein, so kommt es darauf an, was man alt oder neu nennen will. Ich halte diese Prinzipien sehr alt. Sie bestehen in ganz Deutschland mit Ausnahme des landrechtslichen Gebietes und haben sich wohl bewährt. Ob das Bedürfnis einer Änderung des Vormundschaftsrechts vorhanden ist, darüber zu urtheilen sind die Gerichte viel competenter als das Haus und sie haben seit Jahrzehnen erklärt, daß es so nicht weiter geht. Es fragt sich, was denn an dem bisherigen Rechte geändert wird: aufgegeben ist nur der Grundzug des preußischen Rechts, daß der Vormund vom Richter beauftragt wird, an einem Berzeugung des Gesetzes für das Recht ein, so kommt es darauf an, was man alt oder neu nennen will. Ich halte diese Prinzipien sehr alt. Sie bestehen in ganz Deutschland mit Ausnahme des landrechtslichen Gebietes und haben sich wohl bewährt. Ob das Bedürfnis einer Änderung des Vormundschaftsrechts vorhanden ist, darüber zu urtheilen sind die Gerichte viel competenter als das Haus und sie haben seit Jahrzehnen erklärt, daß es so nicht weiter geht. Es fragt sich, was denn an dem bisherigen Rechte geändert wird: aufgegeben ist nur der Grundzug des preußischen Rechts, daß der Vormund vom Richter beauftragt wird, an einem Berzeugung des Gesetzes für das Recht ein, so kommt es darauf an, was man alt oder neu nennen will. Ich halte diese Prinzipien sehr alt. Sie bestehen in ganz Deutschland mit Ausnahme des landrechtslichen Gebietes und haben sich wohl bewährt. Ob das Bedürfnis einer Änderung des Vormundschaftsrechts vorhanden ist, darüber zu urtheilen sind die Gerichte viel competenter als das Haus und sie haben seit Jahrzehnen erklärt, daß es so nicht weiter geht. Es frag

erscheinen läßt, ist erst über die Herren gekommen, seit der Regierungs-Commissar erklärte, die Theilung der Provinz Preußen wäre für den Fall nicht eine absolute Notwendigkeit, wenn die Regierungspräsidien bestehen blieben. Man ist dort selbst schon bereit, seine liberalen Prinzipien wegzurufen, wenn man nur das böse Westpreußen dadurch auch ferner als Schleppenträger festhalten kann. Uebrigens hat jenes Auftreten der Herren v. Soden und Bender selbst innerhalb der Fortschrittspartei nicht allgemeine Billigung erfahren. Wir ersehen dies z. B. aus einem Artikel unseres Berliner Correspondenten (bekanntlich einer der hervorragendsten Fraktionsgenossen der genannten Herren), den wir in nächster Nummer veröffentlichen werden.

Ein Correspondent der "Frankf. Ztg.", der früher dem Project der Theilung der Provinz Preußen ein schlechtes Prognosticon stellte, schreibt jetzt, daß die Regierung demselben jetzt nicht mehr eine prinzipielle Opposition entgegenzusetzen scheine. Die fortschrittliche "Voss. Ztg." schreibt die gelegentlich der Generalversammlung des Hauptvereins Westpreußischer Landwirthe stattgefundenen Kundgebung dem Umstande zu, Herr Rickert habe den Telegraphen spielen lassen. Unsere Leser wissen, daß die Anregung dazu von einem unserer rührigen und geachteten Landwirthe ausging, der mit seinem Namen für die Sache eintrat. Auch geschah die Anregung des Herrn Steinbart-Pr. Lanté eher, als jener angebliche Ausspruch gefallen sein könnte.

Der Papst hat an den deutschen Episcopa für dessen Collectiverklärung gegen die Bismarck'sche Papstwahl-Depsche unter dem 2. März ein besonderes Zustimmungs- und Belobigungsschreiben gerichtet. Aus demselben geht hervor, daß der Papst mit der bischöflichen Behauptung, es sei durch die vaticaniischen Decrete in der Verfassung der katholischen Kirche keinerlei Aenderung eingetreten, durchaus einverstanden ist. Die "Königliche Volkszeitung", welche das Breve veröffentlicht, ruft triumphirend aus, daß durch dasselbe der liberalen Presse "das Concept gründlich verdorben" sei. Das Clerical-Blatt befindet sich im Irrthum. Man hat auf liberaler Seite niemals geglaubt, daß die Jesuiten in Rom so unvorsichtig seien würden, die Alteration der Kirchenverfassung durch die vaticaniischen Decrete zugestehen und schwerlich hat irgendemand gedacht, daß die in Rede stehende Collectiverklärung ohne die ausdrückliche Approbation der römischen Curie erlassen werde. Was an der Erklärung so sehr überraschte, war vielmehr der Umstand, daß gerade die Unterzeichner derselben, welche heute die Harmlosigkeit der vaticaniischen Beschlüsse zu beweisen bestissen sind, vor dem 18. Juli 1870 am eifrigsten vor diesen Beschlüssen als vor einer verhängnißvollen Neuerung gewarnt haben.

Die französischen Republikaner machen, seit sie das von Buffet verlesene Programm des neuen Cabinets gehört haben, sehr lange Gesichter. Die Erklärung hat nicht nur die Radikalen und die Republikaner von der gemäßigten Linke geärgert, sondern auch die Conservativen vom linken Centrum verblüfft. Einer der letztern trat nach dem Vortrage des Programms des neuen Cabinets zu Wallon heran und sagte ihm: "Sie hätten Ihre Erklärung eben so gut auch von den Herren de Broglie und de Fourtou unterzeichnen lassen können!" Der Belagerungszustand und Broglie's Gesetz über die Maires werden beibehalten, und diese beiden Vermächtnisse der "moralischen Ordnung" sind nicht geeignet, die Radikalen, die für die Republik Wallon gestimmt haben, zu erfreuen. Allgemeine Enttäuschung wird nicht auf sich warten lassen. Ein Deputirter von der "Union Republicain" sagte: „Dufaure und Leon Say haben durch die Annahme eines so reactionären Programms sich selbst gemacht, aber das schließt nicht aus, daß wir geprallt sind.“ Die Hauptfache, die Reinigung des Präfekturstalles, soll unterbleiben; ja, es ist ein Rundschreiben im Gange, in welchem den Präfecten eine Belobung wegen bisheriger trefflicher Haltung ertheilt wird. Jetzt weiß man, weshalb Mac Mahon den Herzog Audiffret-Pasquier so schroff behandelte: er wollte auf jeden Fall keinen Minister des Innern, der mit Energie und Aufrichtigkeit die Richtung der Linken in dieser Frage ausführte. Es fehlt jetzt nur noch, daß die Nationalverfassung dieser Regierung ein drakonisches Pergesetz mache. Um dem Belagerungszustand ein Ende zu machen, wird sie auch hierzu sich verstehen müssen; doch wäre es klüger, den Belagerungszustand bis 1880 bestehen zu lassen, als die öffentliche Meinung im ganzen Lande

zum Tod zu machen. Die Linke hat sich die Hände gebunden und die Actionsfreiheit verloren. Würde sie, um sich dafür zu rächen, schöne Versprechungen für baare Münze genommen zu haben, das neue Ministerium stürzen, so würde sie dadurch sofort die Bildung eines Ministeriums aus der Rechten begünstigen. Die republikanische Linke ist in die orleanistische Falle gegangen und hat kaum das Recht, sich zu beklagen, und die Radikalen werden sich nicht bei Gambetta bedanken.

Deutschland.

Am Berlin, 14. März. Im Bureau des Abgeordnetenhauses ist sofort nach der gestrigen Abendstunde die Zusammenstellung der Beschlüsse des Hauses über den Staatshaushaltsetat in 2. Lesung bewirkt und während der Nacht gebracht worden. Das Staatshaushaltsgesetz für 1875, welches morgen vom Abgeordnetenhaus entwältigt angenommen wird, lautet danach: § 1. Der diesen Gesetzes als Anlage beigelegte Staatshaushaltsetat für das Jahr 1875 wird in Einnahme auf 694,498,919 Mk. und in Ausgabe auf 694,498,919 Mk. nämlich auf 613,686,446 Mk. an fortübernden und auf 80,812,473 Mk. an einmaligen und außerordentlichen Ausgaben festgesetzt. — § 2. Im Jahre 1875 können nach Anordnung des Finanzministers verzinsliche Schatzanweisungen bis auf Höhe von 30,000,000 Mk. welche vor dem 1. October 1876 verfallen müssen, wiederholt ausgegeben werden. Auf dieselben finden die Bestimmungen der §§ 4 und 6 des Gesetzes vom 28. Septbr. 1866 Anwendung. — § 3. Der Finanzminister ist mit Ausführung dieses Gesetzes beauftragt. — Die mehrfach verbreitete Angabe, daß die Reichs-Justiz-Commission erst nach Pfingsten zusammenentreten würde, bestätigt sich nicht. Der Vorsitzende, Abg. Miguel, wird die Commission in Geheimheit ihres eigenen Beschlusses in der ersten Aprilwoche berufen und es steht dann dahin, ob die Commission selbst eine weitere Vertagung beschließen wird. — Die Verhandlungen der Regierung wegen Ankaufs der Pommer'schen Centralbahn sind dem Abschluß nahe, da der Concursrichter das Angebot der Regierung angenommen hat. Wegen des Ankaufs der Nordbahn sind dagegen noch weitere Vorverhandlungen abzuwarten. — Dem Abgeordnetenhaus ist der Entwurf eines Gesetzes über das Sporet-Stempel-Postvertrages von Seiten Dänemark's, Schweden's, Holland's und Serbien's erfolgt.

Strasburg i. E., 13. März. Der Ober-Präsident v. Möller ist zum Bevollmächtigten beim Bundesrath ernannt worden. (W. T.)

Schweden.

Bern, 12. März. Der Bundesrat hat den normalen Bischof Lachat mit seinem abermaligen Recurs gegen die Aufhebung des Domcapitels in Basel und gegen die Liquidation des Bischofsumfanges abzuweisen beschlossen. (W. T.)

— 13. März. Laut so eben erfolgter Anzeige in den Bundesräthen ist die Ratifikation des Welt-Postvertrages von Seiten Dänemark's, Schweden's, Holland's und Serbien's erfolgt.

Frankreich.

Paris, 13. März. Die Kaiserin von Russland ist aus St. Remo hier angekommen. Sie wurde am Bahnhofe von dem Polizei-Präfekten und dem Obersten Abzac, dem Adjutanten des Präsidenten der Republik, empfangen. — Die fünfzehnte Abtheilung der National-Verfassung verlangt eine Untersuchung wegen der Wahl des Bonapartisten Gazeau im Departement der Ober-Pyrenäen. — Das bonapartistische "Journal des Pyrénées Orientales" ist wegen eines Angriffs gegen den Präsidenten der Republik und die National-Verfassung auf einen Monat unterdrückt worden.

— Der gestern in der Nationalverfassung festgestellte Antrag von Soubeiran betreffs Ummwandlung der Morgan-Anleihe geht im Einzelnen dahin, daß ein Betrag von 12,118,150 Frs. fünfprozentiger Rente zum Paricourse emittirt und bei der Subscription den Inhabern von Obligationen der Morgan'schen Anleihe ein Vorzugsrecht gegeben werden soll. Auf je eine Obligation von 500 Frs. wird demnach dasselbe Betrag den Inhabern in fünfprozentiger Rente zur Verfügung gestellt. (W. T.)

— 13. März. Nationalverfassung. In der heutigen Sitzung wurde die dritte Berathung des Gesetzes über die Cadres der Armee beendigt. — Die Wahl des Präsidenten wird auf Montag festgesetzt. Die Linke wird dem Vernehmen der "Agence Hanas" zufolge für die Präsidentschaft Aubiffret-Pasquier's stimmen, wenn das rechte Centrum sich für Duclerc (Linke) als Vice-präsidenten erklären sollte.

— Der Brodprix in Paris sinkt mehr und mehr. Die meisten Bäder verkaufen von heute in das Brod zu 65 Centimes die zwei Kilogr.; einige schon zu 60 Centimes.

Spanien.

Die neuesten Nachrichten vom Kriegsschauplatz laufen den Carlisten nicht eben günstig. Es bestätigt sich, daß bei einzelnen carlistischen Truppentheilen Meutereien ausgebrochen sind. Die carlistischen Parteidräger in Asturien haben sich vollständig aufgelöst und streifen in kleinen Trupps unter, überall die schmählichsten Exesse begehend. Die Guiden, welche den persönlichen Dienst bei Don Carlos versehen, haben wegen revoltirenden Geistes aufgelöst werden müssen. Der Rest des carlistischen Heeres ist bei Montreal geschlagen worden und Don Carlos selbst nach Durango übergestiebt.

Italien.

Rom, 13. März. Der Senat nahm in seiner heutigen Sitzung die Artikel des Strafgesetzes betreffend den Missbrauch der geistlichen Amtsgewalt an. Der Berichterstatter empfahl die Annahme der Artikel besonders wegen der gegen dieselben von den Bischöfen von Turin, Genua, Vercelli und Novara eingelagerten Proteste. — Die Nachricht, daß der Erzbischof Graf Ledochowski in dem nächsten Consistorium zum Cardinal ernannt werden solle, wird hier mit großer Bestimmtheit aufrecht erhalten. (W. T.)

— Die hiesigen Blätter, welche sich über die bevorstehende Zusammenkunft des Kaisers von Österreich und des Königs von Italien mit vollkommener Befriedigung aussprechen, melden gleichzeitig, daß der Kaiser Franz Josef am 5. April in Benevento eintreffen, daselbst zwei Tage verweilen und dann nach Pola weiter reisen werde. Die "Opinione" schreibt, vom Kaiser selbst sei Benedix als Ort der Zusammenkunft in Vorschlag gebracht. Dieser Gedanke sei ein Beweis, wie innig und herzlich die Beziehungen zwischen den beiden Souveränen und Regierungen seien.

England.

John Mitchell ist, wie gemeldet, mit 3114 gegen 746 Stimmen, die auf den Gegencandidaten Stephan Moore fielen, wieder gewählt worden. Damit ist die Angelegenheit erledigt; Moore wird als Mitglied des Hauses der Gemeinen eintreten, nachdem die Wahl John Mitchell's wiederum für ungültig erklärt sein wird, was diesmal, da es sich

um zwei Bewerber handelt, vor dem zuständigen Richter geschehen muß, aber auch sicher geschehen wird, da dieser, der ja nur als Delegierter und gewissermaßen im Namen des Unterhauses erkennt, die von dem Hause innerhalb seiner unbestrittenen Zuständigkeit ausgesprochene Unfähigkeitserklärung Mitchell's seiner Entscheidung zu Grunde legen muß. Die Wahlbeteiligung war übrigens selbst in den Bezirken, die sonst für die aufgeregteten gelten, ausnehmend schwach und keine Spur von Ausbrüchen oder Auseinandersetzungen irgendwelcher politischen Leidenschaft zu bemerken.

Schweden.

Stockholm, 13. März. Der Staatsminister und Minister der Justiz, v. Carleson, hat dem Könige gestern sein Demissionsgesuch übergeben. Der König hat dasselbe jedoch nicht angenommen, sondern sich seine Entscheidung vorbehalten. Der Minister bleibt daher vorläufig auf seinem Posten.

Amerika.

Mexico, 16. Febr. Die religiöse Aufführung im Lande ist groß und man befürchtet einen Ausbruch. Ein protestantischer Bibellehrer wurde in Villa Hermosa ermordet. Die liberale Presse verlangt, daß solche Verbrechen mit der vollen Strenge des Gesetzes geahndet werden sollen. — Am 4. Februar beschäftigte ein Erdbeben Häuser und Kirchen in Guadalajara. Der Vulkan Seboruco sprang zu jener Zeit Feuer. Die Erstürmung dehnte sich bis nach Taxco aus, wo Häuser zerstört und Personen getötet wurden.

Ulien.

Teheran, 10. März. Die persische Regierung notificierte den Großmächten den Beitritt zur Genfer Convention betreffs der Behandlung verwundeter Krieger.

Danzig, 15. März.

* Aus Warschau, 14. März. Nachmittags wird telegraphiert, daß der Wasserstand der Weichsel 4 Fuß 6 Zoll betrug; das Eis steht noch, etwas frost.

* Die Westend-Berlin, Commandit-Gesellschaft auf Aktien (Heinrich Quistorp), hat, im Verein mit dem ihr zur Seite stehenden Confortium, den Gesamtbesitz der Deutschen Pferde-Eisenbahn in Elberfeld, Barmen, Ritterhausen, Danzig-Oliva u. nebst allem Zubehör für 630,000 Thlr. in Bank und Bogen aus dem Concourse erworben, so daß ihr auch die laufenden Betriebs-Einnahmen mit zu Gute kommen. Die Gesellschaft wird voraussichtlich a Conto der erworbene Bahn, für den statutenmäßig vorzusehenden Theil des Wertes, fünfprozentige und dividendenberechtigte Schuld-Certificate ausgeben, in gleicher Weise, wie solche für die Wasserwerke in Russland genommen sind.

* Im Berfolg der Verfügung vom 26. Dezember d. J. hat der Finanzminister hinsichtlich des bei der Einlösung der außer Courte gesetzten, auf der Zwölftausend des 1/20 Thalerstücks beruhenden Zweihundertpfennigstücke zu beobachtenden Verfahrens die Behörden durch ein Circularscript vom 4. M. noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß nicht blos die preußischen, sondern sämtliche deutsche Münzen der vorbezeichneten Art von den diesseitigen Eindringstümeln zum Umtausch annehmen sind, und daß nach § 4 der Bekanntmachung des Reichsfinanzlers, betreffend die Aufkennung der Gesetzmäßigkeiten vom 19. December d. J. (R. G. Bl. S. 149), die Verpflichtung zur Annahme und zum Umtausch nur auf durchlöcherte und anders als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gewicht verringerte, ingleich auf verfälschte Münzfälsche keine Anwendung findet. Geldstücke, welche durch den gewöhnlichen Umlauf abgeschafft oder angegriffen sind, dürfen nicht zurückgewiesen werden, falls nach den vorhandenen Spuren des Gepräges mit überhaupt nach dem ganzen Zustande der Geldstücke, wenn auch nur bei genauer Prüfung, noch erkannt werden kann, daß sie zu den Münzen der einzulösenden Art gehören. Auch sind bei der Einlösung der Münzen vom Einfühlstiel-Thalerstück abwärts wenig erhebliche Beschädigungen selbst dann, wenn sie anscheinend nicht blos durch den gewöhnlichen Umlauf entstanden sind, als ein Hindernis des Umtausches nicht anzusehen.

* Zum Vorfall oben für die am 5. I. beginnende Schwurgerichtsperiode ist Herr Stadt- und Kreis-Gerichts-Rath Hahn ernannt worden. * Der Ober-Postsekretär Dr. Simon vom hiesigen Kaiserl. Postamt ist als Postdirector nach Colberg verlegt und der Postdirector Dr. Wisselius wird zum 1. April eins der Stadtpostämter in Berlin als Director erhalten. An des Letzteren Stelle tritt zum 1. April Herr Wachhausen aus. * Im Localverkehr der R. Ostbahn tritt vom 1. April cr. ab für Transporte von Brennholz und Düngemittel, als: Pourette, Düngel kaff. Gasfaff. u. in Basen-Lösungen ein teilweise ermäßigter Frachttarif in Kraft.

m. [Selonc's Theater.] Das Familiengemälde "Die Macht des Goldes" von Ch. Birch-Pfeiffer ist ein so recht aus dem Leben geprägtes Stük und wird bei gutem Spiel stets zündend wirken. Frau Bleu, welche dasselbe zu ihrem Benefiz gewählt, war sich der Aufgabe, die an sie mit der Rolle der Madame Brunn" gestellt, wohl bewußt; sie spielte die Banquier-Witwe naturwahr und innig und verdient somit alle Anerkennung. Herr Henne, welcher die Rolle des "Geizigen" ganz fleißig studirt, gelang es nicht immer den richtigen Ton zu treffen. Herr Siebert machte sich mit dem "Eduard Brunnfädt" recht verdient, ebenso wie der Berichterstatter Dr. Cintura brachten ihre Partien volldienst zur Geltung. Von den übrigen Mitwirkenden ist noch Krl. de la Croix zu erwähnen, welche die Heliote-Divalon trefflich darstellte. Das Sammelpiece ging gut von Stattha, und es hatten sich die Hauptdarsteller namentlich am Schlus des Hervorruhs in erfreuen. Die Leistungen der Trapézistin Sig. Benedetti und Miss Rosa sind recht anerkannterwerth. — Seit einigen Tagen hat eine Dame, Krl. Eleonore Orsola, ein Gaftspiel in der Magie eröffnet. Dieselbe weiß hierin, im Verein mit einem recht hübschen Vortrag, das Publikum angenehm zu unterhalten.

* In der vergangenen Nacht kurz nach 11 Uhr entstand im Hause Karlgraben No 22 Feuer; es war vorst. bei im Erdgeschoß der Holzverschlag eines Küchenberges in Brand geraten; die Feuerwehr bestigte durch Entfernen der brennenden Holzbeile das Feuer. * Dr. Kreisrichter Pfeiffer in Landsberg ist an das Kreisgericht in Rößl. mit der Funktion als Gerichts-Commissarius in Bischofstein und der Kreisrichter-Rath in Tindel an das Kreisgericht in Brandenburg versetzt. Die durch das Ausscheiden des Rechtsanwalts und Notars Justizrats Biedermann bei dem Stadt- und Notarsamt bestigte durch Entfernen der brennenden Holzbeile das Feuer.

* Dr. Kreisrichter Pfeiffer in Landsberg ist an das Kreisgericht in Rößl. mit der Funktion als Gerichts-Commissarius in Bischofstein und der Kreisrichter-Rath in Tindel an das Kreisgericht in Brandenburg versetzt. Die durch das Ausscheiden des Rechtsanwalts und Notars Justizrats Biedermann im Bezirk des Appellationsgerichts zu Marienwerder.

* Die Post-Expedition Grünbach wird mit dem 1. April d. J. in eine Post-Agentur umgewandelt und die daselbst bestehende Posthalterei wird aufgehoben.

ben. Dagegen wird in Beclau eine Station für alle Postfuhrwerke eingerichtet. — Von demselben Zeitpunkte an erhält die Bülow-Conter Personenpost nachstehenden Gang: aus Bülow 2 Rdm., durch Lipps über Neutom 4.-5.-6. Abds., in Contz 8.-9. Abds.; aus Conz 7.-8. Mors., durch Beclau 9.-10. Mors., durch Lipps über Grünhagen 11.-12. Mors., in Bülow über Neutom 1.-2. Nachm. Es werden künftig nicht mehr als 6 Personen bei jeder Post mittelst Beiwagen befördert.

* Die Siedlung nach Danzig verseherten Schulraths Henske in Marienwerder wird Schulrat

Tirol aus Gumbinnen erhalten.

- Elbing, 14. März. Auf Anregung des Elbinger landwirtschaftlichen Vereins B. versammelten sich gestern Nachmittag die Besitzer der Niederung im Gathof zu Ober-Kerbschul, um die Frage einer Weichsel- und Rogat-Regulirung gemeinsam in Beratung zu ziehen. Als Resultat der gegenseitigen Beprechung darf dasjenige bezeichnet werden, was Bertram und Lüdt in ihren bekannten Brochüren einmuthig betonen: "Die Herstellung eines bis zur Seemündung ungeheilten Stromes". Zweimal - so ungefähr heißt es in dem der Versammlung vorgelegten Petitionsentwurf an das Abgeordnetenhaus und die Regierung - zweimal und zwar einmal an der Montauer Spize, das andere Mal beim Danziger Haupt, wird der Weichsel ein Theil ihrer Wassermasse entzogen und diese Verminderung des Wasserdrucks ist die hauptsächlichste Ursache der so gefahrbringenden Eisverschlüsse. Deshalb sind die Rogat und die Elbinger Weichsel vollständig abzutießen, die Deiche der Weichsel in Normalweiten anzulegen und der Stromlauf in seinem untersten Theile zu reguliren. Ob Letzteres mittelst Durchstich der Lehre oder Beibehaltung der Seemündung genährt zu bewerkstelligen ist, ob es sich ferner empfehlen dürfte, die Rogat durch Herstellung einer Schleuse späterhin noch als Schiffsabts-Canal nutzbar zu machen - über diese und ähnliche technische Fragen hat man sich des weiteren Urtheils zu enthalten. Schließlich wurde eine Commission, bestehend aus den Herren Schwan, Klein und Penner gewählt, welche nach geschickter Ueberarbeitung die Petition im ganzen Weichsel-Delta circulieren lassen und sie dann persönlich in Berlin übergeben resp. beantworten sollen. - In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde die Versammlung nicht wenig durch die unerfreuliche Mittheilung überrascht, wonach die hiesige Gasanstalt im vergangenen Jahre mit einem Defizit von 3200 R. abgeschlossen hat. Zwar soll dies zum Theil seinen Grund darin haben, daß der größte Consument, nämlich die Stadt, für den Verbrauch von Gas nur denselben Preis zahlt, welchen früher einmal die Del-Belichtung gefordert hat, zum andern Theile aber darin, daß der Gasverlust im letzten Jahre gegen früher um 3% gestiegen ist; doch beruhigte sich die Versammlung keineswegs bei dieser Erklärung, vielmehr beschloß sie, aus ihrer Mitte eine Commission zu wählen, welche die persönliche und sachliche Geschäftslage einer eingehenden Prüfung unterziehen soll.

Unsere Stadt hat nun auch Aussicht, im Laufe dieses Jahres ein besonderes Leichenhaus zu erhalten, ein Bedürfnis, das zumal in einer Zeit, wo böse, unerhörte Krankheiten herrschen, geradezu als unabsehbar gedeckt werden muß. Wahrscheinlich wird dasselbe mit dem hiesigen Krankenhaus in der Weise verbunden werden, daß es zugleich als Securahalle dienen kann. Der den Stadtverordneten vorgelegte Kostenanschlag beziffert sich auf die Summe von 4200 R. und ist der Bauplan einer besonderen, aus Aerien und Techniken zusammengestellten Commission zur Begutachtung übergeben worden.

** Conz, 13. März. Gest da der Frühling mit den immer längeren werdenden Tagen herantritt, wird in die Bewohner unserer Stadt durch einen von 21 Bürgern unterzeichneten Aufruf zu einer Versammlung auf heutige Abend heftige Konstituierung eines Bürger-Vereins übertragen. Es hatte sich denn auch in dem Gececellischen Saale eine so große Versammlung von Bürgern aller Berufsklassen eingefunden, wie es wohl selten hier erlebt worden ist. Unser Stadtverordneten-Vorsteher wurde zum Vorsitzenden einstimmig erwählt und nach längerer Debatte wurde der Beschluss gefasst: einen Bürger-Verein zur Verbreitung communaler, volkswirthschaftlicher und aller sonstigen Fragen mit Ausschluß von Politik und Religion zu begründen; in regelmäßigen Beiträumen sollen Vorträge mit Debatten und ein Fragestafel gehalten werden. Hierauf wurde eine Statuten-Verabschußungs-Commission aus 15 Mitgliedern bestehend gewählt, die ein Statut ausarbeiten und einer demnächst zu beruhenden zweiten Versammlung unterbreiten soll; dann wird zur definitiven Constituierung geschritten werden. - Das Verbot des Martin'schen Lehrbuches der Religion, über welches in den letzten Debatten im Abgeordnetenhaus so viel getroffen wurde, scheint nur in den westlichen Provinzen erfolgt zu sein. Am hiesigen Gymnasium wenigstens bildet es noch immer den Leitfaden beim Religionsunterricht. - Am fünften Sonnabend findet die mündliche Prüfung von 7 Abiturienten des Gymnasiums statt. Wie es heißt, wird Herr Schulz Dr. Goeck aus Königsberg zur Abnahme der Prüfung berufen.

○ Strasburg, 14. März. Das diesjährige Kreis-Ersatz-Geschäft wird im hiesigen Kreisstattfinden: in Gollub am 1. und 2. April, in Jablonowo am 5. April, in Strasburg vom 7. bis incl. 12. April, in Lautenburg am 14. und 15. April, die Losung für den ganzen Kreis in Strasburg am 19. April. - Zur Abschätzung von Mobilisationen gspfänden sind für den hiesigen Kreis pro 1875 zwei Commissionen ernannt, welche im Bedarfsfalle hier und in Jablonowo zusammenentreten. - Das hiesige Kreisblatt bringt die durch das Reichs-Civil-Gez. erlassenen Bestimmungen bezüglich der Erfordernisse einer gültigen Eheschließung zur allgemeinen Kenntnis, was um so mehr anzuerkennen und in ähnlichen Fällen der Nachahmung zu empfehlen ist, als die betreffenden Bestimmungen auf eine andere Art zur Kenntnis der Landbewohner in vielen Fällen nicht gelangen, jedoch von den politischen Blättern entstellt und ihren Lesern in gehäffiger Weise vorgetragen werden. - Der Frühling ist im Anzuge und mit ihm sind die Dienstboten-Leiden im Gefolge. Es ist eine bekannte Thatache, daß das Gehinde während des Winters in der Regel gehörig und mit Allem zufrieden ist, sobald aber der Frühling naht, widergespielt wird und mit Gewalt nach einem Grunde sucht, den Dienst verlassen zu dürfen. Ein solcher Grund ist bald gefunden und die Herrschaft muß neben dem Acker, dem Dienstboten die Winterzeit einen eben solchen Lohn zahlen wie für die Sommerzeit, was wohl für das Land ein großer Unterschied ist. Der Dienstbote verdängt sich dann während der besten Arbeitzeit als freier Arbeiter, am liebsten in der Niederung. Um nun diesem Uebelstande entgegenzutreten, seitweil das Gez. es zuläßt, haben auf Grund der §§ 32 und 33 der Gemeinde-Ordnung vom 8. November 1810 einige Amtsvorsteher für ihr Amt eine Verordnung des Inhalts erlassen, daß in streitigen Fällen vom Gesundelohn ein Drittel für die Zeit vom 11. Nov. bis zum 11. Mai und zwei Drittel für die Zeit vom 11. Mai bis zum 11. Nov. zu zahlen ist. - Die Theater-Gesellschaft des Herrn Urban will uns bereits am 19. d. M. verlassen. Dies wird hier um so unangemehmer empfunden, als Herr Urban in den letzten Tagen neuen Kräfte erhalten und uns auch eine dem Ohr extraglückliche Musik verschafft hat. Der Theatervorstand war bisher jedenfalls ein zufriedenstellender, und

wird noch besser werden, nachdem durch den in der letzten Nacht eingetretene Frost die Landwege passierbar geworden sind. Allgemein wird der Wunsch geäußert, daß Herr Urban bei uns die Osterfeiertage überbleiben möchte.

S. Aus dem Thorner Kreise. Bekanntlich bat sich die Provinzialordnungs-Commission in der letzten Sitzung am 5. März mit 11 gegen 10 Stimmen für die Trennung der Provinz Preußen ausgesprochen. Auch die Regierung nimmt, wie erwartet werden konnte, keine principielle abwehrende Stellung in der Trennungssache ein. Daß der Geh.-Rath Berlin als Reg.-Kommissar der Commission gegenüber die Ansicht vertrat, "daß es gut wäre, wenn die Bevölkerung die Frage noch einer weiteren Prüfung unterziehen möchten", war eine ganz correcte Aeußerung. Wenn die Westpreußen nichts einzuwenden haben, daß ihre Provinz auch in Zukunft ein Anhänger von Ostpreußen bleibt oder wenn sie zu indifferent oder zu bequem sind, sich in einer so wichtigen Angelegenheit auch nur zu erklären, dann freilich würde es dem Princip der Selbstverwaltung widerstreichen, sie auf sich selbst zu stellen. Nun ist die Annahme wohl nicht ungerechtfertigt, daß man überall, mit Ausnahme der Städte Elbing, Graudenz und einiger kleiner Orte, die Trennung wünscht, daß jedoch eine Reihe von Ursachen die Bewegung für dieselbe bisher nicht recht in Fluss kommen ließ. Es sei hier nur an das Verhalten des Oberpräsidenten v. Horn in der Trennungssache, an die kennzeichnenden ostpreußischen Agitationen, an die verfolgten Angriffe gegen diejenigen, die für die Trennung Westpreußen's eingetreten sind, und an die Sonderstellung des in gewissen wirthschaftlichen Kreisen viel gelebten "Graudener Gefülligen" erinnert. Ein weiteres Hinderniß bildete der Mangel eines die Bevölkerung zusammenfassenden Mittelpunktes. Auf Grund dieser Erwägungen hat nun der Thorner Kreistag, da keine Zeit mehr zu verschieben übrig, die Initiative ergriffen, seine Petition an das Abgeordneten- und Senatorenhaus noch als Schiffsabts-Canal nutzbar zu machen - über diese und ähnliche technische Fragen hat man sich des weiteren Urtheils zu enthalten. Schließlich wurde eine Commission, bestehend aus den Herren Schwan, Klein und Penner gewählt, welche nach geschickter Ueberarbeitung die Petition im ganzen Weichsel-Delta circulieren lassen und sie dann persönlich in Berlin übergeben resp. beantworten sollen. - In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde die Versammlung nicht wenig durch die unerfreuliche Mittheilung überrascht, wonach die hiesige Gasanstalt im vergangenen Jahre mit einem Defizit von 3200 R. abgeschlossen hat. Zwar soll dies zum Theil seinen Grund darin haben, daß der größte Consument, nämlich die Stadt, für den Verbrauch von Gas nur den selben Preis zahlt, welchen früher einmal die Del-Belichtung gefordert hat, zum andern Theile aber darin, daß der Gasverlust im letzten Jahre gegen früher um 3% gestiegen ist; doch beruhigte sich die Versammlung keineswegs bei dieser Erklärung, vielmehr beschloß sie, aus ihrer Mitte eine Commission zu wählen, welche die persönliche und sachliche Geschäftslage einer eingehenden Prüfung unterziehen soll.

Unsere Stadt hat nun auch Aussicht, im Laufe dieses Jahres ein besonderes Leichenhaus zu erhalten, ein Bedürfnis, das zumal in einer Zeit, wo böse, unerhörte Krankheiten herrschen, geradezu als unabsehbar gedeckt werden muß. Wahrscheinlich wird dasselbe mit dem hiesigen Krankenhaus in der Weise verbunden werden, daß es zugleich als Securahalle dienen kann. Der den Stadtverordneten vorgelegte Kostenanschlag beziffert sich auf die Summe von 4200 R. und ist der Bauplan einer besonderen, aus Aerien und Techniken zusammengestellten Commission zur Begutachtung übergeben worden.

** Conz, 13. März. Gest da der Frühling mit den immer längeren werdenden Tagen herantritt, wird in die Bewohner unserer Stadt durch einen von 21 Bürgern unterzeichneten Aufruf zu einer Versammlung auf heutige Abend heftige Konstituierung eines Bürger-Vereins übertragen. Es hatte sich denn auch in dem Gececellischen Saale eine so große Versammlung von Bürgern aller Berufsklassen eingefunden, wie es wohl selten hier erlebt worden ist. Unser Stadtverordneten-Vorsteher wurde zum Vorsitzenden einstimmig erwählt und nach längerer Debatte wurde der Beschluss gefasst: einen Bürger-Verein zur Verbreitung communaler, volkswirthschaftlicher und aller sonstigen Fragen mit Ausschluß von Politik und Religion zu begründen; in regelmäßigen Beiträumen sollen Vorträge mit Debatten und ein Fragestafel gehalten werden. Hierauf wurde eine Statuten-Verabschußungs-Commission aus 15 Mitgliedern bestehend gewählt, die ein Statut ausarbeiten und einer demnächst zu beruhenden zweiten Versammlung unterbreiten soll; dann wird zur definitiven Constituierung geschritten werden. - Das Verbot des Martin'schen Lehrbuches der Religion, über welches in den letzten Debatten im Abgeordnetenhaus so viel getroffen wurde, scheint nur in den westlichen Provinzen erfolgt zu sein. Am hiesigen Gymnasium wenigstens bildet es noch immer den Leitfaden beim Religionsunterricht. - Am fünften Sonnabend findet die mündliche Prüfung von 7 Abiturienten des Gymnasiums statt. Wie es heißt, wird Herr Schulz Dr. Goeck aus Königsberg zur Abnahme der Prüfung berufen.

○ Strasburg, 14. März. Das diesjährige Kreis-Ersatz-Geschäft wird im hiesigen Kreisstattfinden: in Gollub am 1. und 2. April, in Jablonowo am 5. April, in Strasburg vom 7. bis incl. 12. April, in Lautenburg am 14. und 15. April, die Losung für den ganzen Kreis in Strasburg am 19. April. - Zur Abschätzung von Mobilisationen gspfänden sind für den hiesigen Kreis pro 1875 zwei Commissionen ernannt, welche im Bedarfsfalle hier und in Jablonowo zusammenentreten. - Das hiesige Kreisblatt bringt die durch das Reichs-Civil-Gez. erlassenen Bestimmungen bezüglich der Erfordernisse einer gültigen Eheschließung zur allgemeinen Kenntnis, was um so mehr anzuerkennen und in ähnlichen Fällen der Nachahmung zu empfehlen ist, als die betreffenden Bestimmungen auf eine andere Art zur Kenntnis der Landbewohner in vielen Fällen nicht gelangen, jedoch von den politischen Blättern entstellt und ihren Lesern in gehäffiger Weise vorgetragen werden. - Der Frühling ist im Anzuge und mit ihm sind die Dienstboten-Leiden im Gefolge. Es ist eine bekannte Thatache, daß das Gehinde während des Winters in der Regel gehörig und mit Allem zufrieden ist, sobald aber der Frühling naht, widergespielt wird und mit Gewalt nach einem Grunde sucht, den Dienst verlassen zu dürfen. Ein solcher Grund ist bald gefunden und die Herrschaft muß neben dem Acker, dem Dienstboten die Winterzeit einen eben solchen Lohn zahlen wie für die Sommerzeit, was wohl für das Land ein großer Unterschied ist. Der Dienstbote verdängt sich dann während der besten Arbeitzeit als freier Arbeiter, am liebsten in der Niederung. Um nun diesem Uebelstande entgegenzutreten, seitweil das Gez. es zuläßt, haben auf Grund der §§ 32 und 33 der Gemeinde-Ordnung vom 8. November 1810 einige Amtsvorsteher für ihr Amt eine Verordnung des Inhalts erlassen, daß in streitigen Fällen vom Gesundelohn ein Drittel für die Zeit vom 11. Nov. bis zum 11. Mai und zwei Drittel für die Zeit vom 11. Mai bis zum 11. Nov. zu zahlen ist. - Die Theater-Gesellschaft des Herrn Urban will uns bereits am 19. d. M. verlassen. Dies wird hier um so unangemehmer empfunden, als Herr Urban in den letzten Tagen neuen Kräfte erhalten und uns auch eine dem Ohr extraglückliche Musik verschafft hat. Der Theatervorstand war bisher jedenfalls ein zufriedenstellender, und

Petition an das Abgeordnetenhaus unterzeichnet, welche die Wahlen zum Provinzial-Landtag nicht durch die Kreisversammlung, sondern durch die einzelnen Wahlverbände zu vollziehen erbittet.

* Die VI. Abtheilung des Abgeordnetenhauses hat über die Wahl des Abg. Kette (Bülow-Stolp-Lauenburg) Bericht erstattet. Es handelte sich bei dieser Wahl bekanntlich um die (nach einem aus conservativen Kreisen stammenden Proteste) verdeckte Beeinflussung durch den Regierungs-Präsidenten v. Kampf. Die Abtheilung hat mit 18 gegen 11 Stimmen beschlossen, den Anträgen des Referenten und Correferenten entsprechend, zu empfehlen: 1) die Wahl des Abgeordneten Kette für günstig zu erklären; 2) die Königliche Staats-Regierung aufzufordern, den Regierungs-Präsidenten v. Kampf wegen versuchter Wahl-Beeinflussung in geeigneter Weise zur Verantwortung zu ziehen.

Berichtigung In der Beilage zu No. 9018 der "Danziger Zeitung" vom 12. März d. J. ist ein Bericht über die Sitzung des Verwaltungsraths des Hauptvereins Westpreußischer Landwirthe erschienen, in welchem folgender Passus vorliegt:

Herr Generalsekretär Kreis-Grumwyr war selbst erschienen, um den Abfall des Westpreußischen Hauptvereins von seinem Blatte abzuwenden. Derselbe mithilfe *) ihm um so empfindlicher sein, da von den drei Hauptvereinen unserer Provinz der Litauische sich bereits von dem Blatte abgewandt habe - z. c. Ich habe des Verhältnisses der Land- und Forstwirtschaftlichen Zeitung zum Centralverein für Litauen und Masuren mit seinem Vorsteher gedacht, die erwähnte Aeußerung weder dem Vorsteher noch dem Sinne nach gemacht und nicht machen können, da dieselbe eine thatächlich unrichtige Angabe enthält, denn in dem Protokoll über die Sitzung des engeren Ausschusses des Lithauischen Centralvereins vom 29. November v. J. heißt es: "das Verhältnis des Centralvereins zu der Land- und Forstwirtschaftlichen Zeitung sollte durch diese Zeitchrift, wie in zwangloser monatlichen Heften erscheinen würde, nicht geändert werden und die Beziehungen zu derselben die bisherigen bleiben"; der Redaktion der Land- und Forstwirtschaftlichen Zeitung ist mitzuteilen, daß der Landverein an den Beziehungen zu derselben nach wie vor festhalte." Es ist also thatächlich unrichtig, daß der Centralverein für Litauen und Masuren sich von der Land- und Forstwirtschaftlichen Zeitung abgewandt hat. Königsberg, 14. März 1875. Kreis, Gen. ratssekretär des ostpreußischen Centralvereins, Mitglied des königl. Landes-Ökonomie-Collegiums.

*) Soll heißen „mußte“. Nur durch diesen unglücklichen Druckfehler gewann dieser Passus des Beitrags den Anschein, als ob er auf Ausführungen des Herrn Kreis beruhe.

Die Red.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 15. März.

Ges.v.18.

Weizen gelb.

April-Mai 182,50 182,50

Juni-Juli 186,50 186,50

Rogg. ermittel.

April-Mai 149,50 149

Mai-Juni 145

Juni-Juli 144

Getreide.

April-Mai 27,50

Juli-August 27,60

Füllz. 56,60

Spätz. Getreide.

April-Mai 59,50

Juli-August 58,70

Getreide.

April-Mai 58,90

Juli-August 58,70

Getreide.

April-Mai 92,50

Juli-August 92,50

Hafer.

April-Mai 105,70

Juli-August 101,90

Hafer.

April-Mai 69,50

Juli-August 69,50

Hafer.

April-Mai 249

Juli-August 246

Hafer.

April-Mai 572

Juli-August 571

Hafer.

April-Mai 35,80

Juli-August 35,70

Hafer.

April-Mai 101,90

Juli-August 101,80

Hafer.

April-Mai 43,40

Juli-August 43,30

Hafer.

April-Mai 69,80

Juli-August 69,90

Hafer.

April-Mai 288

Juli-August 288

Hafer.

Heute Morgens wurde meine liebe Frau Friederike geb. Rosensfeld von einem kräftigen Mädel glücklich entbunden. 2661 M. Broh.

Die glückliche Geburt eines gesunden Knaben beeilen wir uns hiermit ergebenst anzugeben.

Sinmern, den 10. März 1875.

Legiehn, Kreishammeister,

u. Helene geb. Mehler.

Heute Nachmittag 2½ Uhr wurden wir durch die Geburt eines kräftigen Knaben erfreut.

Danzig, den 14. März 1875.

V. Hendtlass und Frau.

Die Verlobung unserer ältesten Tochter Olga mit dem Kaufmann Herrn Ludwig Sebastian beeilen wir uns stadt jeder besonderen Meldung ergebenst anzugeben.

Danzig, den 14. März 1875.

A. Hornmann

2663) und Frau.

Die Verlobung unserer Tochter Emma mit Herrn Hermann Schulz in Danzig, beeilen wir uns hiermit ergebenst anzugeben.

Grönhagen, 14. März 1875.

Lehrer Ebel und Frau.

Die gestern vollzogene Verlobung unserer jüngsten Tochter Selma, mit Herrn Fritz Jansen, zeigen wir hiermit, stadt jeder besonderen Meldung, ergebenst an.

Danzig, 15. März 1875.

C. Kunde und Frau.

Nach längrem schweren Leiden entschlief am 13. d. Mts., Abends 9½ Uhr, an hinzutretenem Herzschlag mein lieber Mann, unser alter Vater, Bruder, Schwieger- und Großvater Johann Emanuel Nickel, im heimle vollen 74. Lebensjahre. Solches zeigen, um stille Theilnahme bittend, tief betrübt an die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 18. März c., Morgens 10 Uhr, vom Trauerhause, Kasubischen Markt No. 21, statt. 2700

Gestern Abend 10 Uhr entschlief sanft unser geliebter Vater, Großvater und Urgroßvater, der Kaufmann

M. L. Löwenstein,

in seinem 82. Lebensjahr. Dieses zeigen allen seinen Freunden und Bekannten, um stille Theilnahme bittend, an

2698) die Hinterbliebenen.

Danzig, den 15. März 1875.

Nach zehntägigem Krankenlager endete Heute 8½ Uhr Abends, an Lungenschlag das Leben unserer lieben unvergesslichen Mutter, Schwieger- und Großmutter,

Frau Catharina Jarke,

geb. Wohlt,

im vollendetem 62. Lebensjahr. Diese traurige Nachricht widmen seinen Freunden und Bekannten die tiebetrübten Hinterbliebenen.

Danzig, 14. März 1875.

Den heute Nachmittag 3 Uhr nach längerem Leiden erfolgten Tod meines innig geliebten Gatten, unseres lieben Vaters, Bruders und Schwagers, des Königlichen Bahnhofmeisters Herrn

August Fröhlich

in seinem 56. Lebensjahr zeigen wir, um stille Theilnahme bittend, hiermit an. 2631 Marienburg, den 13. März 1875.

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 17. März c., Nachmittags 4 Uhr statt.

Heute früh 5 Uhr entschlief nach langen schweren Leiden unser innig geliebter jüngster Bruder Franz Süssert in seinem 21. Lebensjahr.

Marienburg, den 13. März 1875.

Die Hinterbliebenen Geschwister

2673) Ernst und Emma Süssert.

Für die Theilnahme bei der Beerdigung des Rector Dachs sagen Allen den wärmen Dank.

Danzig, den 15. März 1875.

2699) Die Hinterbliebenen.

Dienstag, den 16. März c., Nachmittag 4 Uhr, werde ich auf gerichtliche Verfolgung in der Breitgasse No. 25

1 Billard mit Marmorplatte,

Quenehalter mit 11 Quenes und

5 Bällen. 2660

gegen gleich hohe Zahlung versteigern.

Nothwanger, Auctionator.

Preuss. Boden-Credit-Actien-Bank Berlin.

Wir sind beauftragt, die am 1. April 1875 fälligen Coupons von 5%igen unkündbaren Hypotheken-Briefen,

5%igen kündbaren Hypotheken-

Schuldscheinen der Preuss. Boden-Credit-Actien-Bank in Berlin

vom 15. März c. ab

einzuholen.

Danzig, im März 1875.

Danziger Bankverein.

Unterricht in der dopp. Buchführung, Kaufm. Correspondenz, Wechselkunde und im Rechnen ertheilt.

H. Hertel.

2669) Pfefferstadt 51, 4. Et.

Kleine Knaben oder Mädchen finden

freundl. Pension i. d. N. d. Schulen.

Auf Wunsch a. Clavierunterricht.

Näheres Breitgasse 111, 2 Tr.

Chemische Fabrik zu Danzig.

Commandit-Gesellschaft auf Aktien.

R. Petschow.

Gustav Davidsohn.

Die Actionaire werden zu der in Danzig im unteren Saale der „Concordia“ Langenmarkt No. 15,

am Mittwoch, den 24. März 1875,
Nachmittags 5 Uhr,

stattfindenden

ordentlichen General-Versammlung

eingeladen.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Geschäftslage.
2. Deckung der persönlich haftenden Gesellschafter pro 1874.
3. Wahl eines Mitgliedes des Aufsichtsraths für die durch das Voos zur Erledigung kommende Stelle des Herrn Geheimrat Goldschmidt.

Danzig, den 10. März 1875.

A. Hornmann

2663) und Frau.

Die Verlobung unserer Tochter Emma mit Herrn Hermann Schulz in Danzig, beeilen wir uns hiermit ergebenst anzugeben.

Grönhagen, 14. März 1875.

Lehrer Ebel und Frau.

Die gestern vollzogene Verlobung unserer jüngsten Tochter Selma, mit Herrn Fritz Jansen, zeigen wir hiermit, stadt jeder besonderen Meldung, ergebenst an.

Danzig, 15. März 1875.

C. Kunde und Frau.

Nach langerem schweren Leiden entschlief am 13. d. Mts., Abends 9½ Uhr, an hinzutretenem Herzschlag mein lieber Mann, unser alter Vater, Bruder, Schwieger- und Großvater Johann Emanuel Nickel, im heimle vollen 74. Lebensjahre. Solches zeigen, um stille Theilnahme bittend, tief betrübt an die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 18. März c., Morgens 10 Uhr, vom Trauerhause, Kasubischen Markt

No. 21, statt. 2700

Gestern Abend 10 Uhr entschlief sanft unser geliebter Vater, Großvater und Urgroßvater, der Kaufmann

M. L. Löwenstein,

in seinem 82. Lebensjahr. Dieses zeigen allen seinen Freunden und Bekannten, um stille Theilnahme bittend, an

2698) die Hinterbliebenen.

Danzig, den 15. März 1875.

Nach zehntägigem Krankenlager endete Heute 8½ Uhr Abends, an Lungenschlag das Leben unserer lieben unvergesslichen Mutter, Schwieger- und Großmutter,

Frau Catharina Jarke,

geb. Wohlt,

im vollendetem 62. Lebensjahr. Diese traurige Nachricht widmen seinen Freunden und Bekannten die tiebetrübten Hinterbliebenen.

Danzig, 14. März 1875.

Den heute Nachmittag 3 Uhr nach längerem Leiden erfolgten Tod meines innig geliebten Gatten, unseres lieben Vaters, Bruders und Schwagers, des Königlichen Bahnhofmeisters Herrn

August Fröhlich

in seinem 56. Lebensjahr zeigen wir, um stille Theilnahme bittend, hiermit an. 2631 Marienburg, den 13. März 1875.

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 17. März c., Nachmittags 4 Uhr statt.

Heute früh 5 Uhr entschlief nach langen schweren Leiden unser innig geliebter jüngster Bruder Franz Süssert in seinem 21. Lebensjahr.

Marienburg, den 13. März 1875.

Die Hinterbliebenen Geschwister

2673) Ernst und Emma Süssert.

Für die Theilnahme bei der Beerdigung des Rector Dachs sagen Allen den wärmen Dank.

Danzig, den 15. März 1875.

2699) Die Hinterbliebenen.

Dienstag, den 16. März c., Nachmittag 4 Uhr, werde ich auf gerichtliche Verfolgung in der Breitgasse No. 25

1 Billard mit Marmorplatte,

Quenehalter mit 11 Quenes und

5 Bällen. 2660

gegen gleich hohe Zahlung versteigern.

Nothwanger, Auctionator.

Preuss. Boden-Credit-Actien-Bank Berlin.

Wir sind beauftragt, die am 1. April 1875 fälligen Coupons von 5%igen unkündbaren Hypotheken-Briefen,

5%igen kündbaren Hypotheken-

Schuldscheinen der Preuss. Boden-Credit-Actien-Bank in Berlin

vom 15. März c. ab

einzuholen.

Danzig, im März 1875.

Danziger Bankverein.

Unterricht in der dopp. Buchführung, Kaufm. Correspondenz, Wechselkunde und im Rechnen ertheilt.

H. Hertel.

2669) Pfefferstadt 51, 4. Et.

Kleine Knaben oder Mädchen finden

freundl. Pension i. d. N. d. Schulen.

Auf Wunsch a. Clavierunterricht.

Näheres Breitgasse 111, 2 Tr.

2651)

H. Krause, Bieglermeister.

2651)

J. Haushalter, Damenschneiderin.

2651)

Robert Wendt.

Die auf Frankfurter Messe gekauften

Schwarz-Tücher und Buckskins,

modernste Stoffe für Frühjahrssanzüge, empfehle in größter

Auswahl billigst.

R. H. Spohn, Burgstraße 14.

Die auf Frankfurter Messe gekauften

Schwarz-Tücher und Buckskins,

modernste Stoffe für Frühjahrssanzüge, empfehle in größter

Auswahl billigst.

R. H. Spohn, Burgstraße 14.

Die auf Frankfurter Messe gekauften

Schwarz-Tücher und Buckskins,

modernste Stoffe für Frühjahrssanzüge, empfehle in größter

Auswahl billigst.

R. H. Spohn, Burgstraße 14.

Die auf Frankfurter Messe gekauften

Schwarz-Tücher und Buckskins,

modernste Stoffe für Frühjahrssanzüge, empfehle in größter

Auswahl billigst.

R. H. Spohn, Burgstraße 14.

Die auf Frankfurter Messe gekauften

Schwarz-Tücher und Buckskins,</

Beilage zu Nr. 9022 der Danziger Zeitung.

Danzig, 15. März 1875.

Abgeordnetenhaus.

28. Sitzung vom 18. März.

Estat des Cultusministeriums Kap. 126: Kunst und Wissenschaft. Zu Tit. 1: Buschus für die Akademie der Künste und die damit verbundenen Anstalten: 842,066 R P (gegen das Vorjahr 104,766 R P mehr) beantragt die Budgetcommission: die Staatsregierung aufzufordern, dafür Sorge zu tragen: 1) daß die Zahl der gewählten Mitglieder im Senat, namentlich in der Section für Tonkunst, verstärkt werde und auch die Kunst- und Mußtgelehrten aus Wahlen der Sectionen hervorgehen; 2) daß zu dem Unterrichte in der Künstlerschule und in den Meisterateliers auch Schülerinnen zugelassen werden." — Referent Birchow: Während bisher die Regierung scheinbar planlos mit den Kunstinstituten in die Zukunft steuerte, hat sie diesmal ein provisorisches Statut der Akademie der Künste vorgelegt. In der Budgetcommission fand es allgemeine Billigung, daß die Regierung nicht gleich fest Normen vorschlägt, sondern auf der Basis der bestehenden ein Provisorium einrichtet, so daß es möglich ist, irgend welche jetzt etwa bestehende fehlhafte Institutionen zu korrigiren. Die Commission ist der Ansicht gewesen, daß bei einer künftigen definitiven Organisation auch die Mitwirkung der Landesverfassung im Anspruch zu nehmen sein wird. Referent erörtert darauf den Organisationsplan, an dem er mehrere Ausstellungen hat; so hält er die in dem Punkt 1 der Resolution verlangte vermehrte Vertretung der Tonkunst im Senat für erforderlich; nicht gerechtfertigt ist es, daß man für die Aufnahme der Schüler die Qualification zum einjährigen Militärdienst für erforderlich erklärt hat, wenn man schon ein gewisses Maß allgemeiner Bildung fordern muß. Eine ungerechtfertigte Beschränkung ist es, wenn diese losspielige Organisation bloß dem männlichen Geschlechte zugänglich wäre; an der Hochschule für Musik wird die Möglichkeit der Zulassung von Schülerinnen reichlich benutzt. In der Hochschule für bildende Künste war nach dieser Richtung hin noch keine Fürsorge getroffen, trotzdem das Bedürfnis ein überaus großes war. Es wäre nothwendig, daß die Regierung bei Zeit Rücksicht nimmt, alle Einrichtungen so zu treffen, daß auch Schülerinnen Bulas finden können. Diese Mahnung schien um so nothwendiger, als die Regierung damit umgeht, neue bauliche Einrichtungen für die Akademie herzustellen; es wird dabei nothwendig sein, auf ein größeres Contingent von Schülern zu rechnen, als dies bisher der Fall war. — Reg.-Comm. Prof. Schöne: Gegen die zweite Resolution hat die Regierung keinen Widerspruch zu erheben, bei der Hochschule für Musik ist ja auch das weibliche Element in großem Maße zugelassen. Wie weit dies bei der Akademie der bildenden Künste sich thun lassen wird, wird von praktischen Erfahrungen, von Localfragen und von dem Unterrichtspersonal abhängig sein. Die erste Resolution empfiehlt aber der Regierung abzulehnen, da es bis jetzt noch an jeder praktischen Unterlage fehlt, um den darin ausgedrückten Wünschen entsprechen zu können. — Abg. Dunder: Für fünf Meisterateliers sind 30,000 R P

aufgesetzt; bis jetzt ist aber nur Knaus berufen, der aber noch kein eingerichtetes Atelier hat. Die Bezuflungen sind schwierig, weil die dafür ausgeforderten Mittel zu gering sind; Knaus selbst hat angenommen, weil es ihm, der als anerkannter Meister große Einnahmen hat und der in Berlin zu leben wünscht, auf hohes Gehalt nicht gerade kommt. Da gegen sollen die Verhandlungen mit einem berühmten Landschaftsmaler an der Unzulänglichkeit der Gehaltsforderungen gescheitert sein. Für den Director der Künstlerschule sind nur 4500 R P aufgesetzt, und er müßte doch besser gestellt sein, als jeder Vorstand der Meisterateliers. — Reg.-Comm. Schöne: Es war die Absicht, einen der Vorsteher von Meisterateliers zugleich zum Director der Künstlerschule zu ernennen, der alsdann beide Gehälter beziehen würde. Die erwähnten Verhandlungen mit dem Landschaftsmaler haben sich nach dessen Erklärung nicht aus pecuniären Rücksichten zerschlagen, sondern die Gründe seiner Ablehnung lagen in seiner gegenwärtigen Position, von der er sich nicht trennen will. — Der Tit. 1 wird angenommen, die erste Resolution abgelehnt, die zweite angenommen.

Zu Tit. 6: Buschüsse für die Kunstmuseen in Berlin 31,809 R P . bemerkt Referent Birchow: Trotz der im vorigen Jahre an die Staatsregierung gerichteten Auforderung, die Verhältnisse zwischen den Abtheilungsdirectoren und dem Sachverständigen-Collegium zu ordnen, ist dies bis jetzt nicht geschehen. Es heißt sogar, daß der Generaldirector seinen Abschied gefordert hat und diese Stellung fortan als bloße Hofsstellung angesehen werden soll. Es erscheint deshalb nothwendig, die Regierung an die vorjährige Resolution zu erinnern. — Abg. Biesenbach wünscht als Erfolg für die durch die Kriegsergebnisse von 1805 nach München gelangte Düsseldorfer Gemäldeksammlung, daß in den nächsten Eiat ein Posten aufgenommen werde, um allmälig einen Fonds zur Beschaffung einer der Düsseldorfer Akademie würdigen Gemäldegallerie zu schaffen. — Abg. Lehfeldt macht auf die feuergefährliche Unterbringung der Bilder im Berliner Museum aufmerksam, welche zwischen Holz und Rattaneng bei einander hingen. Er empfiehlt einen Neubau der Bildergalerie, bittet, am alten Museum zu Ehren Schinfels nichts zu ändern, sondern später darin nur die Antiken auszubreiten. — Abg. Dunder wünscht, daß der an Sonntagen auf Anregung von Frau Hamm-Lewald gestattete Betritt zu den Museen sich nicht auf die kurze Zeit von 12—2 Uhr beschränke, sondern weniger auf die Zeit von 11—4 Uhr erstrecken möge. Bei Tit. 10 (Buschüsse für Kunst- und wissenschaftliche Anstalten, Sammlungen und Vereine) will Abg. Ostdendorff die jetzige eine Prüfung der Candidaten des höheren Schulamts in zwei zweckte wissen, eine wissenschaftliche nach Beendigung des akademischen Studiums, und eine zweite über die praktische pädagogische Fähigung nach Verlauf einer gewissen Zeit. In der Zwischenzeit müsse sich der Kandidat in einem pädagogischen Seminar ausbilden; die Zahl der jetzt bestehenden reiche nicht aus und müsse erhöht werden. Er hofft eine befriedigende Lösung dieser Frage bei dem in Aussicht stehenden Unterrichtsgesetz.

Die Etatsberathung wird an dieser Stelle durch Verlelung des folgenden Schreibens des Abg. Wolff (Köln) an das Präsidium unterbrochen: "Bei folge Mittheilung meiner Familie drang am gestrigen Tage ein Polizeicommissar in Begleitung zweier Schuhleute in meine Wohnung zu Köln, um im Auftrage des Staatsprocurators zu Köln nach einer Dankabreise an den heiligen Vater Hausfuchung zu halten. Diese Hausfuchung fand statt und wurden die von mir bewohnten Zimmer der ersten Etage durchsucht, aber nichts gefunden, da meiner Familie von einer solchen Adresse nichts bekannt war. Ich halte eine solche Hausfuchung zu einer Zeit, wo meine Pflicht als Abgeordneter meine Anwesenheit in Berlin erfordert, als im Widerspruch stehend mit den Bestimmungen und dem Geiste der Verfassung, welche die Abgeordneten während der Ausübung ihres Mandates gegen derselbe Maßregeln schützen will. Ich beeibre mich deshalb, den Antrag zu stellen, Ew. Hochwohlgeboren wollt das Erforderliche veranlassen, um die verfassungsmäßigen Rechte des Hauses zu schützen." — Präfident v. Bemmelen: Der Art. 84 der preußischen Verfassung bestimmt: "Kein Mitglied einer Kammer kann ohne deren Genehmigung während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung geogen oder verhaftet werden, außer wenn es bei Ausübung der That oder im Laufe des nächstfolgenden Tages nach derselben ergripen wird. Jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied der Kammer und eine jede Untersuchungs- oder Civilhaft wird für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben, wenn die betreffende Kammer es verlangt." Nach der Mittheilung, die mir seitens des Abg. Wolff zugegangen, kann es allerdings zweifelhaft sein, ob eine eigentliche Untersuchung hier vorliegt. Ich halte jedoch auch abgesehen von dieser Frage dieses Vorgehens auf Grunde der Mittheilung für geeignet, um die Justizcommission des Hauses zu beauftragen, das thatächliche Verhältnis unter Beziehung eines Commissars der Regierung festzustellen und dem Hause schleunigst darüber Bericht zu erflatten. Ich gebe dem Hause anheim, das Schreiben dieser Commission zur mündlichen Berichterstattung in einer der nächsten Sitzungen des Hauses zu überweisen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Die Etatsberathung wird hierauf fortgesetzt. Cap. 127 lautet: "Cultus und Unterricht gemeinsam." In Tit. 3 wird zur Verbesserung der äukteren Lage der Geistlichen aller Bekennnisse und Lebener die Summe von 3,411,500 R P verlangt. Die Commission beantragt, den Tit. 3 zu bewilligen, demselben jedoch den Vermehrung hinzuzufügen: aus dem zur Verstärkung dieses Fonds hinzutretenden zwei Millionen R P das Jahreseinkommen der bereits 5 Jahre im Amt befindlichen Geistlichen in evangelischen Pfarren auf 2400 R P , in katholischen auf 1800 R P jährlich zu erhöhen. Der Ueberrest ist zu Bulagen für Geistliche von einem Einkommen unter 2700 resp. 3000 R P zu verwenden. Diese Gehaltserhöhungen und Bulagen sind jeder Zeit widerruflich und gewähren dem Empfänger keinerlei rechtliche Ansprüche.

Ref. Wehrenpennig: Der Cultusminister

hat diese Bewilligung den Geistlichen zunächst auf 10 Jahre als jährliche Bulage gewährt. In der Commission wurde ausdrücklich constatirt, daß durch diese Frist in keiner Weise der Charakter und das Recht unserer alljährigen Etatsbewilligung hat alterirt werden sollen. Der Minister hat später den Geistlichen ausdrücklich mitgetheilt, daß dieser Bedürfniszuschuß von der jährlichen Bewilligung des Abgeordnetenhauses abhänge. Nach der uns zugegangenen Nachweisung beziehen von den 8400 evangelischen Geistlichen des Staates 3167 ein Gehalt unter 800 R P ; und diesen würde also durch die vorgeschlagene Maßregel zunächst geholzen werden. Es existiren aber außerdem 1682 Geistliche, die zwar mehr als 800, aber weniger als 1000 R P Gehalt haben, und auch diese würden, wenn unter Vorschlag angenommen wird, eine entsprechende Gehaltbulage erhalten können. Man hat gegen unseren Staat von gewisser Seite den Vorwurf gesbleibert, daß er ein heidnischer, unchristlicher Staat sei, daß er nichts wissen wolle von Religion und Christenthum. Durch diese Maßregel werden solche Vorwürfe als vollkommen hältlos und unwahr erwiesen.

Abg. Dunder: Ich muß gegen diese Mehrforderungen für Geistliche stimmen. Ja der Sitzung vom Mai 1872 äußerte sich Fürst Bismarck wörtlich: "Ich kann für die Regierung nur den Standpunkt wahren, daß man von der Regierung eines paritätischen Staates nicht verlangen kann, sie solle confessionell nach irgend einer Richtung auftreten; das kann eine Regierung nur dann, wenn sie eine Staatsreligion hat, wie wir sie nicht haben." Hier ist also von dem Leiter unseres Staateswesens amtlich constatirt, daß wir eine Staatsreligion nicht haben. Der Staat hat keinerlei Verpflichtung, den Angehörigen der verschiedenen Confessionen Mittel für ihre Cultuszwecke zur Verfügung zu stellen. Hier handelt es sich übrigens nur um die evangelische und katholische Confession. Wo bleibt da die Gerechtigkeit gegenüber den Juden, Mennoniten, Altlutheranern u. s. w.? Die Maßregel der Regierung ist ferner ein harter Schlag gegen die Selbstständigkeit der evangelischen Kirche. Diese kann nur gefördert werden durch Selbststeuerung ihrer Mitglieder, aber nimmermehr durch Unterstüzung aus Staatsmitteln.

Abg. Richter (Sangerhausen): Die Maßregel der Regierung beruht auf einer gesetzlichen Verpflichtung gegen die Geistlichen. Der Staat hat 1810, als er die Kirchengüter übernahm, sich ausdrücklich zu einem auskömmlichen Gehalt der Geistlichen verpflichtet, und wir müssen demgemäß die hier geforderten Mehrforderungen bewilligen.

Cultusminister Hall: Die Regierung legt ein sehr bedeutsames Gewicht auf die Annahme der hier neu geforderten Summen. Mir selbst liegt diese Bewilligung ganz besonders am Herzen. Ich wünschte deshalb die Geschäftspunkte, welche die Staatsregierung bei ihrem Vorschlage geleitet haben, Ihnen des Nächsten darzulegen, muß aber zu meinem Bedauern bekennen, daß ich mich heute förmlich dazu anhabe Stände fühle.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich werde gegen diese Position stimmen. Ich betrachte diese Forderung der Regierung nicht als eine Manifestation, daß der Staat noch kirchlich sein wolle, sondern allerhöchstens als den Versuch ein Geldpflaster auf die schweren Wunden zu legen, welche der Staat beiden Kirchen geplagt hat. (Sehr wahr! im Centrum.) Ueberhaupt muß ich sagen, daß hier im Etat wie auch sonst die Manipulation des Gelbes und des Goldpunktes in den kirchlichen Dingen mit sehr bedenklich wird und daß ich dabei lebhaft an gewisse Silberlinge erinnert werde. (Oho! links. Sehr richtig! im Centrum.) Ein natürlicher Grund für den hier gemachten Unterschied in den Gehältern der evangelischen und katholischen Geistlichen ist mir ganz unerfindlich. (Ruf: das Cölibat!) Sie haben durch das Reichs-Civilegesetzes für den Staat alle Hindernisse beseitigt, die in Bezug auf das Cölibat bestanden. Der Staat kann also auf das Cölibat keine Rücksicht nehmen, und so wenig wie bei den Gehältern der Staatsbeamten einen Unterschied machen zwischen verheiratheten und unverheiratheten Staatsdienstern, eben so wenig darf das hier geschehen.

Abg. Birchow: Nach der uns zugegangenen Nachweisung beziehen die 8400 evangelischen Geistlichen im Staat ein Gesamteinkommen von über 26 Millionen Mk., das würde durchschnittlich für jeden 3168 Mk. ausmachen. Es giebt aber 2451 Geistliche, welche allein den Löwenanteil, nämlich 11,932,000 Mk. also fast 12 Millionen an Gehalt für sich in Anspruch nehmen und daher kommt es, daß die übrigen vielfach in unauskömmlicher Lage sind. Ich persönlich muß mich unter allen Umständen gegen diese Mehrforderungen für Geistliche erklären, weil ich der Ansicht bin, daß der Staat keinerlei Verpflichtung hat, für rein kirchliche und confessionelle Interessen in soinem Umfange die Mittel der Gemeinnützigkeit zu verwenden. Da ich mich aber nicht dem Verdacht ausgesetzt will, als wollte ich dem Cultusminister Schwierigkeiten bereiten, so werde ich dennoch für diese Forderung der Regierung stimmen. (Ah! Heiterkeit im Centrum.)

Abg. Miquel: Die Bewilligung kann aus irgend einem formalen Rechte irgend einer Kirche nicht hergeleitet werden. Über die Geschichte des preußischen Staats in seinem Verhältniß zu den beiden großen Kirchen involviert eine gewisse moralische Verpflichtung, ihnen zu helfen, wenn sie sich in Not befinden.

Referent Wehrenpennig: Die Deduction aus der Einziehung des Kirchenvermögens von 1810 ist nicht zutreffend, denn das Vermögen von Pfarrreien wurde damals nicht eingezogen. Der Abg. Windthorst meint, ich hätte nicht motivirt, weshalb die katholischen Geistlichen weniger bekommen sollten. Ich habe das für selbstverständlich gehalten; er wird ja doch auch wissen, daß ein gewisser reichlicher Segen auf unseren Pfarrhäusern zu ruhen pflegt, und dafür werden 200 Thlr. doch nicht zu viel sein? Wenn er uns Veränderungen in Aussicht gestellt, so kann ich nur sagen, daß ich gern bereit bin 800 Thlr. zu gewähren, wenn das Cölibat von einzelnen befreit werden sollte; ich meinerseits würde noch eine Prämie hinzufügen, wenn der Abg. Windthorst es wünscht. (Heiterkeit.)

Personlich bemerkte Abg. Windthorst (Meppen), daß er nichts in Ansicht gestellt habe; er habe nur gesagt, wenn das Cölibat nicht mehr vom Staat anerkannt werde, könnten auch daraus keine Folgerungen mehr gemacht werden. — Der Titel wird darauf mit dem von der Budgetcommission vorgeschlagenen Vermerk angenommen; für denselben stimmen die vier dem Hause angehörenden Minister, die Geh. Räthe Persius und Greiff; gegen den Titel stimmt das

Centrum und wenige Mitglieder der Fortschrittspartei, wie Dunder, Paristus, Richter (Hagen), Kummer, Hagen u. a.

Bu Tit. 14: 1500 R P zur Unterstützung der Gesellschaft zur Beförderung der evangelischen Mission unter den Heiden, beantragt Abg. Paristus denselben zu streichen; er sei früher abgelehnt, die Gesellschaft habe geglückt und der Staat sei vom Obertribunal zur Zahlung verurtheilt; es habe sich aber seines Wissens bei der Klage nur um einen einmaligen Jahresbetrag gehandelt. Lassen sie die Gesellschaft noch einmal klagen, vielleicht bat das Obertribunal seine Ansicht geändert. — Der Posten wird ohne Aenderung mit sehr großer Mehrheit genehmigt.

Bu Tit. 15 fordert „zur Entzächtigung der Geistlichen und Kirchenbeamten für den Ausfall von Stolgebühren“ 500.000 R P . Die Budget-Commission bittet der Ueberschrift hinzuzufügen: „nach Maßgabe des § 54 des Gesetzes vom 9. März 1874“. Dieser Zusatz wird angenommen und der Titel gegen die Stimmen des Centrums genannt. — Referent Wehrenpennig macht auf eine Petition aufmerksam, die von den Gemeindedirektoren Berlins ausgeht, die sich über den Ausfall der Stolgebühren für die Kirchenklassen beklagen, der so groß sei, daß den Geistlichen das Gehalt nicht mehr gezahlt werden könne. In der einen Diözese sind 2081 Geburten, aber nur 1413 Taufen, also 67,9 Proc.; ferner 696 Eheschließungen und nur 117 kirchliche Trauungen, also 16,8 Proc.; in einer zweiten 3226 Geburten, 1629 Taufen, also 50,4 Proc.; 1006 Eheschließungen und 15,8 Trauungen, also 15,7 Proc. Da die Regierung bereitwillig Zuschüsse in solchen Fällen leistet, so ist über die Petition kein weiterer Besluß gefasst worden.

Die Kapitel 128, Medizinalwesen, und Kapitel 129, Dispositionsfonds, werden ohne Debatte bewilligt und mit damit das Ordinarium erledigt. Um 4 Uhr wird die Berathung abgebrochen, um um 7 Uhr Abends zu Ende geführt zu werden.

Abend sitzung.

Einmalige und außerordentliche Ausgaben des Cultusministeriums; Tit. 1. Zum Bau eines Campo santo am Dom in Berlin erste Rate 600,000 Mk. Abg. Lipke beantragt unter Absehung dieser Summe die Vorlegung eines besonderen Gesetzes, die Begründung desselben durch einen ausgearbeiteten Plan nebst Kostenanschlag und die Führung des Nachweises, daß der monumentale Charakter des unter „Schönung“ (Birchow) beantragt statt dieses Wortes; unter „Ausführung“ des bestehenden Domes fertig zu stellenden Gebäudes gewahrt wird; ferner die Urkunden vorzulegen, aus denen hervorgeht, daß für den Fall der Ausführung des Baues das Eigentumsrecht an dem Baugrunde und den darauf befindlichen und noch zu errichtenden Baulichkeiten im staatlichen Interesse geregelt ist. Abg. Miquel u. Gen. beantragen, über den Antrag Lipke zur Tagesordnung überzugehen. Die Budgetcommission, in deren Namen Abg. Birchow referiert, hat sich mit der Bewilligung der 600,000 Mk. und dem von der Staatsregierung vorgelegten Plan einverstanden erklärt. Der Bau des Campo santo würde 3,078,600 Mk. kosten, nachdem bereits ungefähr 871,000 Mk. verbaut sind. — Für den Übergang zur Tagesordnung über den Antrag Lipke spricht Abg. Wehrenpennig: Es sei eine Frage des Taktes in der Angelegenheit des Campo santo, die Vorschläge der Stelle, von der sie ausgehe, zu berücksichtigen, zumal ihre Annahme durchaus keine Verpflichtung zum Bau eines neuen Domes involviert und die Versiche-

rung der Staatsregierung, daß der Baugrund ihr gehört, keiner besonderen Beurkundung bedarf, wie er ja tatsächlich Staats Eigentum ist bis auf eine kleine Spanne Raum, die der Domgemeinde gehört. — Abg. Lipke ist durchaus kein Gegner eines zu erbauenden Campo Santo, im Gegenteil will er mehr davon verwenden, als der Abg. Wehrenpennig vielleicht gewähren wird; aber er glaubt das Project nicht herabzusezen, sondern zu ehren, wenn er für dasselbe eine geistliche Basis verlangt, wozu er um so mehr berechtigt ist, als es sich nicht bloß um eine Kirchenruine handelt. Lassen sie die Gesellschaft noch einmal klagen, vielleicht bat das Obertribunal seine Ansicht geändert. — Der Posten wird ohne Aenderung mit sehr großer Mehrheit genehmigt.

Bu Tit. 4-48 (Universitäten). Anlässlich der Berliner Universität beantragt die Budgetcommission: die Staatsregierung ernent und bringend aufzufordern, einen geordneten Plan für den Neubau der großen Staatsanstalten für Wissenschaft und Kunst in Berlin aufzustellen zu lassen und bei der Berathung des nächsten Etats vorzulegen, wobei namentlich die Akademie der Künste, das ethnologische Museum und die medizinischen Kliniken, das Gewerbemuseum und die Räume für Kunstsammlungen in Betracht zu ziehen sind. Dabei ist eine nahe Zusammenlegung der verwandten Anstalten und die Möglichkeit künftiger Erweiterungen in's Auge zu fassen. Dr. Dobrn will in die Revolution auch das „naturwissenschaftliche Museum“ aufnehmen und dafür die für dasselbe geforderte erste Rate von 150,000 Mk. streichen. — Geh. Rath Greiff widerspricht diesem Antrage, weil er praktisch schwer durchzuführen sei; er verspricht aber, daß Seitens der Regierung bei jedem besonderen Bauprojekte die in diesem Antrage aufgestellten Gesichtspunkte Beachtung finden und jedesmal mit Rücksicht auf das vorliegende Project eingehend erörtert werden sollen.

— Abg. Dr. Dohrn begründet seinen Antrag damit, daß er nicht dazu beitragen will, die naturwissenschaftlichen Sammlungen, wie das Project der Regierung dies zur Folge haben würde, von der Universität zu trennen. — Geh. Rath Goeppert empfiehlt die Bewilligung der ersten Rate, weil auch bei der Verleihung der naturwissenschaftlichen Sammlung immer noch Raum genug in der Universität bleiben würde, um eine kleinere für den Unterricht genügende Sammlung aufzustellen. — Referent Birchow weist darauf hin, daß die Universität gegen dieses Project oft genug protestiert habe. (Hört!) — Die erste Rate für das naturwissenschaftliche Museum wird bewilligt, der An-

trag der Budgetcommission angenommen. — Auch die übrigen Etats des Cultusministeriums werden bewilligt. Etat des vormaligen kurfürstlich hessischen Hauses für die Commission für 1875. Die Budget-Commission beantragt, denselben zu genehmigen und schlägt hinsichtlich der Petition des Landgrafen Ernst von Hessen-Philippsthal u. Gen. vor: „in Erwägung, daß den etwaigen Rechtsansprüchen der Petenten nach der Erklärung der Staatsregierung und nach der Meinung des Hauses durch Genehmigung des vorliegenden Nachtragsetats in letzter Weise präjudiziert wird,“ geht das Haus über die Petition zur Tagesordnung über. — Referent Hammacher empfiehlt diese Anträge, weil sowohl die Regierung als auch die Budgetcommission aus dem juristischen Gutachten die Anschauung gewonnen, daß gute Gründe dafür sprechen, daß dieser Haussiedecommiss Eigentum des preußischen Staates sei. — Abg. Windthorst (Meppen)theilt die Rechtsanschauung der Regierung nicht, bedauert aber, dieselbe nicht ausführlich widerlegen zu können, weil ihm bei der kurzen Zeit das Material nicht genügend zugekommen sei. (Abg. Wehrenpennig: Gott sei Dank! Heiterkeit.) — Geh. Rath Michelli: Sollten die Agnaten der jüngeren Linie in dem rechtsabhängigen Prozeß auch ein obstegendes Erkenntniß erlangen, so steht es doch noch in sehr weiter Ferne, ob sie jemals der älteren Linie succediren, die durch ihren Vertreter, den Landgrafen Friedrich, der der nächste successionsfähige Erbe ist, anerkannt hat, daß das Siedecommiss Eigentum des preußischen Staates sei. — Das Haus tritt den beiden Anträgen der Budget-Commission mit großer Mehrheit bei.

Ein zweiter Nachtrag zum Staatshaushalt, der verschiedene einmalige Ausgaben im Etat der Domänen- der Forstverwaltung u. s. w. enthält, wird bewilligt. Schließlich wird das Etatgesetz selbst vorbehaltlich der Feststellung der Bahnen im § 1 genehmigt und ist damit die zweite Berathung des Staatshaushalts beendet. — Nächste Sitzung Montag.

Eisen, Kohlen und Metalle.

Berlin, 11. März. (M. Loewenberg.) Gute und beste Marken schottisches Roheisen 5,50—6,50 R P , und englisches 4,20—4,40 R P je 50 Kilogramm. — Eisenbahnschienen zum Verwalten 5,40 bis 5,60 R P , Walzeisen 11,50—12 R P und Kesselbleche 14,25 bis 16,50 R P je 50 Kilogr. — Gute und beste Sorten englisches und australisches Kupfer 93,50—98 R P je 50 Kilogr. — Binn: Banca 100—101 R P u. prima engl. Lamm 97—98 R P je 50 Kilogr. — Blei: Tarnowitz, Harzer und sächsisches 23 bis 23,50 R P je 50 Kilogr. — Gute und beste Sorten schlesisches Hütten-Zinn 24,25—25,50 R P je 50 Kilogr. — Engl. Schmiedekohlen nach Qualität bis 84 R P , Coals 70—75 R P je 40 Hect, schlesischer und westfälischer Schmelz-Coals 1,60 bis 2,25 R P je 50 Kilogr. frei hier.

Königsberg, 13. März. (Spiritus.) Wochenbericht (v. Portius u. Grothe.) Das Geschäft war wieder sehr lustlos und abgesehen von Loco-Ware, welche für den angenöthlichen Bedarf gelaufen wurde, waren Umsätze auf Terme unbedeutend. Loco bedang 55½ bis 55 R P , Frühjahr 58, 57½ R P , Mai-Juni 58½ R P , Juni 60%, 60½, 60 R P pro 10,000% ohne Fab.

Großr. 13. März. Weizen je April-Mai 1845 50 R P , je Mai-Juni 1845 50 R P — Roggen je April-Mai 14,50 R P , je Mai-Juni 142,00 R P — Mühl 100 Kilogr. je März 52 50 R P , je April-Mai 52,50 R P , je September-October 55 75 R P . — Spiritus loco 55,70 R P , je März 57,20 R P , je April-Mai 59,00 R P , je Juni-Juli 59,90 R P .